

ZUKUNFT BRAUCHT ERFAHRUNG

# SOUVERÄN

17. Bundes-  
delegierten-  
versammlung der  
Senioren-Union in  
Magdeburg:

*Ein starkes  
Signal des  
Aufbruchs!*



# DAS MAGAZIN FÜR EIN ENTSPANNTES ÄLTERWERDEN.

Informativ. Mutmachend. Heiter.



Jeden Monat NEU in Ihrer Apotheke

[www.senioren-ratgeber.de](http://www.senioren-ratgeber.de)

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Senioren-Union der CDU Deutschlands  
Konrad-Adenauer-Haus  
Klingelhöferstr. 8  
10785 Berlin  
Tel. 030 / 220 70 - 4 45  
Fax 030 / 220 70 - 4 49  
E-Mail [seniorenunion@cdu.de](mailto:seniorenunion@cdu.de)  
[www.senioren-union.de](http://www.senioren-union.de)

**Verlag:**  
Weiss-Verlag GmbH & Co. KG  
Hans-Georg-Weiss-Straße 7  
52156 Monschau  
Geschäftsführer: Martina Schmitz  
Verlagsleiter: Alexander Lenders  
Tel. 02472 - 9 82 118  
Fax 02472 - 9 82 77 114  
[alenders@weiss-verlag.de](mailto:alenders@weiss-verlag.de)

**Anzeigen und Beilagenkontakt:**  
Verlagsrepräsentanten  
Wolfgang Braun  
Braun Medien GmbH  
Riedelstraße 14  
42349 Wuppertal  
Tel. 0202 - 3 17 86 93  
Fax 0202 - 3 17 86 95  
[kbmedien.braun@t-online.de](mailto:kbmedien.braun@t-online.de)

**Auflage:**  
70000 Exemplare über personalisierten Posteinzelvertrieb an Senioren-Union-Mitglieder und an CDU-Funktions- und -Mandatsträger

**Leserzuschriften an:**  
Senioren-Union der CDU Deutschlands  
Redaktion Souverän  
Konrad-Adenauer-Haus  
(Adresse s.o.)

**Herstellung:**  
Weiss-Druck GmbH & Co. KG  
Hans-Georg-Weiss-Straße 7  
52156 Monschau  
Layout: Ute Meurer

**Redaktion:**  
Chefredakteur: Andreas Oberholz (V.i.S.d.P.)  
Eschenstraße 17  
83233 Bernau/Chiemsee  
Telefon 08051-6401271  
[pressebuero\\_oberholz@t-online.de](mailto:pressebuero_oberholz@t-online.de)

**Weitere Autoren dieser Ausgabe:**  
Elmar Brok, Dr. Joachim Pfeiffer, Thomas Rachel, Dorothee Remmler-Bellen, Klaus-Peter Schöppner, Dr. Kristina Schröder, Kea-Sophie Stieber, Ulrich Winz, Prof. Dr. Otto Wulff

**Bildnachweis:**  
Adobe Stock/fotolia, 123rf, CDU Thüringen, Jan Peter Luther, Martin Becker, Roland Rochlitzer  
Titelfoto: Martin Becker

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.



**6 Sorgen und Ängste der Menschen ernst nehmen**  
Die Rede des Bundesvorsitzenden der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, auf der Bundesdelegiertenversammlung in Magdeburg.

**12 Ein starkes Signal des Aufbruchs**  
Bericht von der 17. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union.

**20 Wie lange noch Volkspartei?**  
Meinungsforscher Klaus-Peter Schöppner über den Abwärtstrend der Volksparteien und notwendige Gegenstrategien.

**22 Der Kampf gegen rechts hat die bürgerliche Mitte im Visier**  
Die Linke hat die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft ausgeweitet, meint Kristina Schröder, ehemalige Familien- und Seniorenministerin.

**24 Sind Werte noch zeitgemäß?**  
Die Menschen agieren immer weniger nach tradierten Lebensweisen. Kann es vor diesem Hintergrund noch ein gemeinsames verbindliches Wertegerüst geben?

**26 Maß und Mitte wahren!**  
Die Energiewende steht in der Kritik. Zu teuer und zu schlecht organisiert, mahnte der Bundesrechnungshof. Eine Replik von Dr. Joachim Pfeiffer, dem energiepolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

**28 Herausforderungen auf allen Ebenen**  
Elmar Brok MdB beschreibt die enormen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen für die Europäische Union.

**30 Alter ist keine Krankheit**  
Was ist zu tun, damit Vitalität und Selbstständigkeit möglichst lange erhalten bleiben?

**30 Telemedizin bei Herzpatienten**  
Staatssekretär Thomas Rachel über die mittlerweile breite Palette telemedizinischer Methoden.

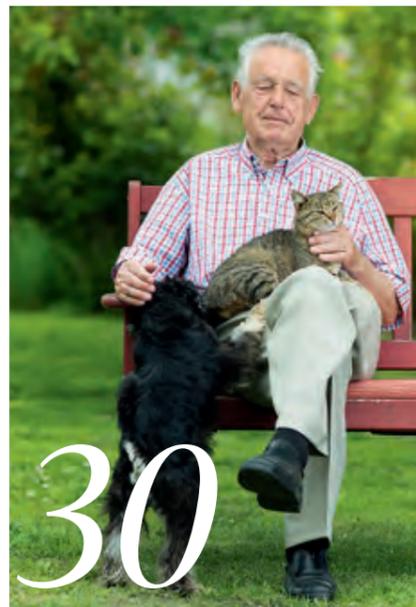
**36 Mittelstand – die Melkkuh der Nation?**  
Ein Interview mit Wolfgang Steiger, dem Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

12

26

30

32 Aus der Senioren-Union  
33 Leserbrief  
34 Nachrichten aus der Europäischen Senioren-Union (ESU)  
39 Buchtipps



Die Rede des Bundesvorsitzen- den der Senioren-Union der CDU, Prof. Dr. Otto Wulff, anlässlich der 17. Bundes- delegiertenversammlung (Bericht ab Seite 12) der Senioren-Union vom 22. bis 23. November 2018 in Magdeburg. Souverän dokumentiert sie hier in Auszügen.

Zwei Jahre sind vergangen. Wir haben einiges erlebt, das nicht nur unser Land, sondern auch andere Regionen in Europa und in der Welt bewegt hat. Haben wir politisch daraus die richtigen Schlussfolgerungen gezogen?

Außenpolitisch haben sich mit der Wahl von Donald Trump neue Herausforderungen für uns ergeben, die erstmals darauf hinweisen, dass von einer bislang recht reibungslos und im Wesentlichen gut funktionierenden atlantischen Gemeinschaft nicht mehr ohne Einschränkungen gesprochen werden kann. Wir Deutsche, wie übrigens alle Europäer, werden plötzlich mit der Frage konfrontiert, ob unsere äußere Sicherheit noch in bewährter Weise gegeben ist oder durch eigene zusätzliche Anstrengungen verstärkt werden muss.

Und wie entwickelt sich Europa, insbesondere nach dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union? Einmal mehr können wir eine Tatsache beobachten, wie emotional aufgeheizte Volksentscheide mit der Wirklichkeit umgehen und die Briten am Ende erkennen müssen, welche empfindlichen Nachteile damit für sie verbunden sind, die ihnen nachweislich verschwiegen wurden. Das Brexit-Votum ist mit falschen Versprechungen und Ränkespielen erstritten worden, die eine sachliche Debatte blockiert haben. Jetzt merkt offensichtlich die Mehrheit auf der Insel, wie weitgehend Großbritannien bereits mit der EU verzahnt ist und welcher Schaden der Brexit für das Land selbst auslöst.

Eine weitere Gefahr für die Stabilität unseres Kontinents besteht in der neuerdings aufkom- menden Distanz einer Reihe seiner Staaten zur Europäischen Gemeinschaft, deren Ursachen auf überholte nationalistische Tendenzen zurückzuführen sind, obwohl alle Europäer noch die Gefahren nationaler Egoismen in Erinnerung haben sollten.

Alle Europäer müssen sich stattdessen neu definieren. Natürlich muss jedes EU-Mitglied



Herausforderungen an die Senioren-Union

## | Sorgen UND ÄNGSTE ERNST NEHMEN

seine Interessen offensiv vertreten können, aber es muss eine Verhandlungsstruktur erhalten bleiben, die den Konsens anstrebt und nicht verhindert. Allen Europäern sollte bewusst sein, dass dies nur gelingen kann, wenn der bislang für alle geltende Wertekanon der westlichen Demokratiegemeinschaft erhalten bleibt. Bricht die Gemeinschaft, dann, das ist gewiss, zerbrechen mit Sicherheit auch die sozialen und ökonomischen Grundpfeiler ihre Mitglieder – angesichts der technischen Revolution und der globalen Entwicklungen in Asien, Afrika und Amerika eine düstere Perspektive.

Unbestritten muss von allen Europäern ein weiteres und sehr schwieriges Problem gelöst werden, das große Teile unseres Kontinents beherrscht. Viele Millionen Menschen aus Kriegs- und Armutsländern südlich und südöstlich der Grenzen Europas betrachten unseren Kontinent als einen Leuchtturm für persönliche Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität. Wen wundert's, dass sich unzählige von ihnen aufmachen, um bei uns ein besseres Leben zu finden. Trotz fürchterlicher Kriege und Bürgerkriege hat sich die Bevölkerung seit 1960 in Afrika und Teilen der asiatischen Welt vervierfacht. Vorwiegend die daraus resultierende Armut hat die Verzwei- felten in die überfüllten Boote getrieben. Im

Gegensatz zu Syrien und Afghanistan gehört die übergroße Mehrheit von ihnen individuell nicht zu den politisch Verfolgten oder vom Krieg bedrohten Personen. Bei allem Verständnis für die Not dieser Menschen und ihren Wunsch nach einem besseren Leben darf aber nicht übersehen werden, dass eine übersprudeln- de Flüchtlingswelle Europa überfordern und wirtschaftlich wie sozial in nahezu unlösbare Schwierigkeiten bringen würde. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass eine vernünftige Zuwanderung über das bisher praktizierte Asylrecht kaum zu erreichen sein wird. Allein das Wort „Asyl“ kann nicht genügen, automa- tisch Aufenthalt und Versorgung zu erreichen. Eine unübersehbare Zahl an Migranten würde weiter vor den Grenzen Europas erscheinen und damit große Ängste auslösen, die allein den migrationsfeindlichen und nationalistischen Parteien Vorschub leisten würden. Wir müs- sen den wahren Fluchtursachen nachgehen und diese, soweit es geht, beseitigen. Allein mehr Geld für Afrika wird die Zustände nicht ändern. Wenn übelste Kriminelle an der Spitze afrikanischer Staaten ihren Reichtum Hungersnöten und Bürgerkriegen verdanken und in manchen Ländern Potentaten an jeder Bevölkerungskrise verdienen und Nutznießer humanitärer Katastrophen sind, wird eine

Entwicklungshilfe in weiten Bereichen zu einer Bereicherung der Diktatoren führen, nicht aber der Bevölkerung zugutekommen. Andererseits gibt es bereits beachtliche Entwicklungen in Afrika, die Hoffnung machen, und zwar dort, wo mit politischer Vernunft und Weitsicht eine Reihe von Staaten ihre wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben und sichtbaren Erfolg gehabt hat. Solche Politik gilt es zu unterstützen.

Jene Politiker wie Nichtpolitiker unterschätzen die Dimensionen der Schwierigkeiten, wenn sie meinen, alle tatendurstigen Afrikaner oder Asiaten könnten ohne Probleme in unserem Sozialstaat unterkommen und den unleugbaren Mangel an Fachkräften und Billigarbeitern lösen. Im Übrigen sollten sie wissen, dass Entwicklungs- länder ihre Fachkräfte selbst bitter nötig haben,

zerstören alle Bemühungen einer sinnvollen Entwicklungshilfe in der Landwirtschaft. So können wir den Interessen der Afrikaner nicht dienen und sie in die Lage versetzen, sich in ihrer Heimat wohlfühlen und nicht in Europa ihr Glück suchen müssen. Und was die Flüchtlinge aus Kriegsgebieten anbelangt, sollten wir intensiver darüber nachdenken, wie sie nach dem Schweigen der Waffen und nach der Beendigung der grauenvollen Zerstö- rungen in ihren Herkunftsländern dort wieder eine sichere Heimat finden. Wir sollten ihnen Kapital an die Hand geben, ihre Häuser und Straßen, Schulen und Krankenhäuser wieder aufzubauen und eigene Unternehmen zu gründen. So könnte Europa damit die Frage von Flucht und Zuflucht, die so häufig unsere Gesellschaft spaltet, ein gut' Stück erfolgreich beantworten.

Allein mit mangelndem Vertrauen, fehlendem Mut, Verzagtheit und „German Angst“ kommen wir nicht weiter. Krisenzeiten sind immer auch Zeiten für Populisten und linke wie rechte Radikales, die ausschließlich am Erhalt von Problemen interessiert sind und nicht an deren Lösung. Selbstbewusst und überzeugend müs- sen wir der Öffentlichkeit klarmachen, welche Argumente wir ihnen entgegensetzen. Vor allem müssen wir mehr als bisher die Sorgen und Ängste der Bevölkerung wahrnehmen und ernsthafter als bisher mit ihr diskutieren. Hochnäsige Ansprachen und Besserwisserei sind töricht und fehl am Platz. Die Wähler wollen Diskussionen von Politikern nicht aus- schließlich in Talkshows sehen und hören, sie wollen leibhaftig am Disput beteiligt sein. Wie ungemein belebend sind mit einem Mal vor Ort die Diskussionen mit den drei Aspiranten für die Position der Bundesvorsitzenden bzw. des Bundesvorsitzenden der CDU geworden. Die Wähler reagieren geradezu begeistert darauf, in den Regionalkonferenzen selbst Fragen stellen zu können, auf die sie eine persönliche Antwort erhalten. Die Mitglieder

der Senioren-Union werden die Debatten der Kandidaten in den weiteren Regionalkonferen- zen genau verfolgen. Ihre Vertreter auf dem Bundesparteitag der CDU in Hamburg werden sich dann entscheiden. Jetzt aber schon zeigen die Länderveranstaltungen vor allem eins: Die CDU ist nicht träge geblieben, sie kommt wieder in Fahrt. Unbestritten ist die Union die erfolgreichste Volkspartei in der europäischen Nachkriegsgeschichte. Sie muss aber nun beweisen, dass sie nach der Beendigung ihrer total überflüssigen innerparteilichen Differenzen bewusst die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner aufnehmen und siegreich beenden will. Wenn der Wähler den Eindruck hat, dass Politiker einen Streit führen, der nur dem Ziel dient, innerparteiliche Konflikte zu lösen, dann wendet er sich ab und votiert für den, der sich aus solchen Streitereien heraushält. Man kommt ins Grübeln, wenn man sich an die Auseinandersetzungen um einen hohen Bundesbeamten erinnert, der für einen großen politischen Fehler noch befördert werden sollte. Wenn nach heftigen Protesten der Bevölkerung die Beförderung vereitelt wurde, dann hat der ganze Trubel insoweit noch ein positives Echo gefunden, als die Demokratie ihren Sinn beweisen konnte.

Mit Verlaub, meine lieben Freundinnen und Freunde, selten zuvor hat die Bevölkerung ein größeres Maß an Alterserfahrung in der Politik gebraucht als in der gegenwärtigen Zeitspanne. Stattdessen ertönt aus einer mit Vorurteilen befrachteten Ecke der Gesellschaft ein Ruf von vorgestern, die Politik benötige notwendigerweise eine deutlichere Verjüngung. Jenen forschen „Spring-ins-Feld-Propheten“ sei gesagt, dass Politik zunächst überall und grundsätzlich Klugheit und Erfahrung braucht, und in diesem Zusammenhang ist ein gemeinsames Handeln von Jung und Alt erstrebenswert. Der Elan und die Begeisterung der Jüngeren verbinden sich mit den Erfahrungen und Erlebnissen der Älteren. Wer die Bilder vom Aufmarsch der rechten Randalierer vor



Entspannte Tagungs- atmosphäre für die Delegierten im Magdeburger Maritim-Hotel.



Augen hat, muss wissen, dass wir Gefahren gegenüberstehen, die wir aus eigener Erfahrung kennen und die bereits in den 20er Jahren unser Volk bedrohten und schließlich in einer grauenvollen Wirklichkeit endeten. Wer wusste das besser als die ältere Generation, die dieses bittere Schicksal erleiden musste. Nationalismus und Rassismus sind die Feinde von Demokratie und Menschenwürde. Und weil das so ist, muss allem widerwärtigen Treiben dieser Art schleunigst ein Riegel vorgeschoben werden, ohne Wenn und Aber. Ich halte es für schlimm genug, dass die demokratischen Parteien, voran die Volksparteien, die für Stabilität und Stärke unseres Gemeinwesens nach dem Krieg Großartiges, jawohl Großartiges, geleistet haben, häufig darunter zu leiden hatten, dass in den Medien vor einem Millionenpublikum jene nationalistischen Kräfte über Gebühr ihre zersetzende Meinung vertreten konnten, die auf diese Weise alle Wohnzimmer erreichte. War es denn nötig, dass jede eklige Provokation unverbesserlicher rechter Radikals auf den Markt gebracht werden musste, und war es überhaupt vertretbar, dass solche Figuren ihre widerwärtigen antisemitischen Parolen ins vorgehaltene Mikrophon brüllen konnten? Mittlerweile hat die AfD die Kinder ihrer Revolution entlassen und ihre wahren Revolutionäre haben sich installiert. Wenn ich mir überlege, dass allein die Senioren-Union in ihrer Mitgliederzahl bald doppelt so stark ist wie die AfD, dann frage ich mich in der Tat, warum nicht einmal auch Bilder über Aktionen und Kundgebungen der politikerfahrenen „Generation der Erinnerung“ erschienen sind, in der ein israelischer Rabbi anlässlich der 30-jährigen Gründung der Senioren-Union der CDU das Hauptreferat gehalten und auf die großartige Verständigung und Versöhnung zwischen Israel und Deutschland hingewiesen hat. Die deutsche Öffentlichkeit hat nichts davon erfahren, als er unter dem großen Beifall des Auditoriums der Senioren-Union feststellte, dass kein Volk auf der Welt so viel vom jüdischen Geist profitiert habe wie das deutsche

und vor dem Hintergrund unserer Geschichte Antisemitismus, in welcher Form auch immer, verfolgt und bestraft werden müsse. Von dem weiß Gott aufmunternden und Mut machenden Auftritt der Senioren-Union im Adenauer-Haus in Berlin war nichts zu hören, zu sehen und zu lesen. So etwas macht nachdenklich! Schon Konrad Adenauer hat immer daran erinnert, dass die CDU eine Volkspartei ist mit liberaler, sozialer und konservativer Tradition. Diese Volkspartei eint eine große gemeinsame Idee, die ihre Traditionen unter dem „C“ zusammenführt. Es ist die Idee einer Politik vom christlichen Verständnis des Menschen, vom Primat der Menschenwürde und von dem unauflöslichen Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung. Daran möchte die Senioren-Union in schwieriger Zeit erinnern. Sie hält ihre Erlebnisse und Erfahrungen wach und wird es nicht zulassen, dass durch Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus unser Land ein weiteres Mal in Misskredit gebracht wird.

Unter diesen Vorgaben stellt sich für die Senioren-Union dann doch die Frage, ob ihre politische Arbeit im Wesentlichen auf die Betreuung von Canvassing-Ständen und die Verteilung von Flyern bei Wahlkämpfen beschränkt sein soll, während an anderer Stelle statt solider politischer Arbeit sinnlose Streitereien an der Spitze der Partei diese ehrenamtliche Tätigkeit der Älteren als überflüssig erscheinen lassen. Es verbittert unsere Freunde und entmutigt sie, wenn sie auf zugigen Marktplätzen und an den Ständen die Frage zu hören bekommen, warum sie für die Partei überhaupt noch werben würden, während andere in der ersten Reihe der Union sich bereits öffentlich mit der Niederlage abgefunden hätten. Es wird höchste Zeit, über eine neue Wahlstrategie in der CDU nachzudenken.

Die Senioren-Union fordert, nicht zuletzt wegen ihrer Stärke, endlich mehr Mitverantwortung und Mitarbeit in den Vorständen auf allen Ebenen der Partei, ebenso eine deutlich erkennbare Präsenz in den CDU-Fraktionen

der Parlamente, vom Gemeinderat bis zum Europäischen Parlament, zum einen wegen ihrer Berufs- und Lebenserfahrung, zum anderen aufgrund der Tatsache, dass bald 35 % der Wähler älter als 60 Jahre sind. Ich frage nach den Gründen, warum den älteren Abgeordneten in der Bundestagsfraktion lange eine eigene Gruppe vorenthalten worden ist, neuerdings aber doch ein Umdenken signalisiert wurde. Es dient jedenfalls weder den Interessen der Unionsfraktion, noch entspricht es den Vorgaben der politischen Klugheit, wenn man der größten Wählergruppe in der Politik nicht auch jene Beachtung durch eine eigene „Gruppe der Älteren“ beimisst, wie das mit Blick auf die Junge Union, die Frauen Union, die Sozialausschüsse und die Mittelstandsvereinigung seit Jahren selbstverständlich ist. Wir brauchen eine Politik für Senioren, besser noch ist eine Politik mit Senioren, erkennbaren Erfolg wird man indessen mit einer Politik von Senioren erzielen.

Die Globalisierung und die mit großer Geschwindigkeit fortschreitende Digitalisierung schaffen auch in Deutschland Probleme. Wir lösen sie nicht damit, dass wir sie ignorieren. Im Gegenteil, wir müssen uns mit unserem Können, unseren Talenten und Erfahrungen dieser Herausforderung mutig und optimistisch stellen. Unsere großen Erfolge im Export beweisen, dass wir auf den Weltmärkten konkurrenzfähig sind und gerade durch die Globalisierung mit offenen Märkten große Vorteile erzielen konnten. Aber wir müssen weiter hinzulernen. Die Digitalisierung, deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind, werden Bereiche unseres Lebens beeinflussen, die wir uns heute überhaupt noch nicht vorstellen können. Die Bürger sehen die Gefahr einer völligen Auflösung ihrer Privatsphäre, den Verlust von Arbeitsplätzen, die Roboter ausfüllen, und eine Technik auf sich zukommen, die unbeherrschbar erscheint und sie ängstigt. Gewiss, das wissen wir, Millionen heutiger Arbeitsplätze werden durch die Digitalisierung fortfallen, aber ebenso gewiss ist es auch, dass



## Natürlich besser leben.



Mit dem **natürlich hohen Hydrogencarbonat-Gehalt von 1.846 mg/l** und einer einzigartigen Mineralisation. Fein perlend und angenehm im Geschmack wird Staatsf. Fachingen seit jeher von Menschen getrunken, die auf ihre Säure-Basen-Balance achten. Beste Voraussetzungen für unbeschwerter Lebenslust.

[www.fachingen.de/hydrogencarbonat](http://www.fachingen.de/hydrogencarbonat)

**STAATL.  
FACHINGEN**

Das Wasser. Seit 1742.

Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Jede technische Entwicklung in der Vergangenheit hat im Ergebnis mehr neue Arbeitsplätze geschaffen, nicht nur in der Industrie und im Handel, sondern auch solche, die sich mit zunehmendem Wohlstand der Menschen neu entwickelten, beispielsweise im Tourismus und all der Branchen, die mit der Gestaltung der Freizeit zu tun haben. Ebenfalls gilt das für neue Tätigkeiten in der Pflege, im Verkehr und im zunehmenden Reparatursektor.

Eine besondere Forderung für die Bewältigung der Zukunft ist aber unabdingbar. Ohne mehr Bildung und Ausbildung werden wir die kommenden Jahre nicht erfolgreich bestehen können. Dafür muss die Politik einen unveränderlichen Grundsatz festschreiben, dass die soziale Herkunft und die finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses keine Voraussetzung für Bildung und Ausbildung eines Menschen sein dürfen. Es wäre eine unverzeihliche Niederlage für unser Land, wenn in bildungsfernen Schichten aufwachsende junge Menschen ihre berechtigten Chancen auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit mangels finanzieller Möglichkeiten anderer unverschuldeter Umstände nicht nutzen könnten. Wenn ich von Bildung und Ausbildung spreche, so meine ich aber nicht nur ein Bildungs- und Ausbildungsangebot an junge Leute. In gleicher Weise haben Ältere einen Anspruch auf Bildung und Weiterbildung, der gefördert und unterstützt werden muss. Infolge der Digitalisierung werden insbesondere viele ihrer bestehenden Arbeitsplätze fortfallen und neue entstehen, die sie nur mit zusätzlichem Wissen ausfüllen können. Und wer einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit das Wort redet, der muss auch den Älteren als Voraussetzung dafür ein uneingeschränktes Recht auf Weiterbildung einräumen.

In der letzten Zeit wird wieder lauter über die Sicherheit der Rente nachgedacht und diskutiert. Dabei geht es nicht nur um die Frage, ob infolge der demographischen Entwicklung die gegenwärtige Rentenformel noch Bestand haben kann, sondern ebenso darum, ob die zukünftig zu erwartende Rente noch für einen normalen Lebensunterhalt reicht. Sollte nämlich die Durchschnittsrente in den kommenden Jahren auf einen so niedrigen Prozentsatz des bisherigen Einkommens abgeschmolzen werden, der für ein normales zivilisiertes Leben nicht mehr ausreicht, so wäre das ein Skandal, umso mehr, wenn der Betroffene sein ganzes Arbeitsleben gearbeitet, ungeschmälerert seine Beiträge gezahlt und auch nicht von der öffentlichen Hand Transferleistungen

erhalten hat und am Ende nur eine Rente in Höhe der Sozialhilfe für ihn übrig bleibt. Ein solcher Tatbestand käme der Auflösung des Sozialstaates gleich. Unbestritten ist, dass die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt wird, wenn ältere Arbeitnehmer länger arbeiten und damit ihre Rente aufbessern könnten. Wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) feststellt, geht fast jeder dritte Neu-Ruheständler weiterhin einer Tätigkeit nach, und zwar in vielen Fällen aus Freude an der geleisteten Arbeit. Nun wird dies in der Regel nicht von allen Berufstätigen verlangt werden können, deren Arbeit mit körperlichen Anstrengungen verbunden ist, die erfahrungsgemäß ab einem bestimmten Alter nicht mehr geleistet werden können. Inwieweit in solchen Fällen noch Umschulungen möglich sind oder Teilzeitarbeit in anderen Berufszweigen mit weniger anstrengender Arbeit gefunden werden kann, sollte nüchtern und vorurteilsfrei geprüft werden. Überhaupt kein Verständnis habe ich aber dafür, dass Älteren eine Verlängerung der Arbeitszeit allein mit der Erreichung des gesetzlichen Renten- oder Pensionsalters verwehrt oder erschwert wird, die gerne weiterarbeiten wollen und es auch noch können. Die Senioren-Union begrüßt deshalb die Initiative der Bundesregierung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Verbund mit einer angepassten Verbesserung der Rente. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber nur der erste. Ansonsten werden wir die Ergebnisse der Rentenkommission abwarten, in deren Arbeit auch die Senioren-Union eingebunden ist. Die Kommission soll einen Plan entwickeln, der über einen länger andauernden Zeitraum die Sicherheit und die für ein geregeltes Leben im Alter notwendige Höhe der Rente festschreibt und dabei die Beitragszahler nicht überfordert. Das ist ein schwieriges Unterfangen.

Eine ebenso wichtige Forderung der Älteren wie die nach einer soliden Alterssicherung besteht in einer ausreichenden medizinischen Versorgung, einer menschenwürdigen Pflege, die die Betroffenen nicht an den Rand der Gesellschaft abdrängt und ihnen die menschliche Zuwendung und Nähe vorenthält. Leider wird das im bisher üblichen Generationenmiteinander historisch gelebte und verankerte soziale Netz der Familie in Zukunft für die Pflege wohl allein nicht mehr reichen. Deshalb muss der solidarische Rahmen weiter gefasst werden. Die Kosten für eine moderne ärztliche Betreuung, für ein wachsendes Pflegepersonal, neue Medikamente,



Konstruktive Diskussionen auch in den Pausen der Tagung in der Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt.



wie insbesondere auch für die medizinische Forschung werden steigen. Fest steht, dass mehr Ärzte allein nicht automatisch mehr Gesundheit bringen. Aber Gedanken mache ich mir schon, wenn ich an das flache Land denke, wo Ärzte keine Nachfolge finden und ganze Landstriche eines Tages ohne ärztliche Versorgung dastehen werden, wo Kranke für den Weg zum Arzt hin und zurück sogar mit einer Hotelübernachtung rechnen müssen. Mit der vielbeschworenen Telemedizin ist das Problem jedoch nicht zu lösen.

Wir freuen uns darüber, dass die Initiative der Senioren-Union, die Zulassungsvoraussetzungen für ein Medizinstudium zu ändern, Erfolg hatte. Sogar ein Gerichtsurteil bestätigte unsere Forderung nach Beseitigung völlig unverständlicher Eignungskriterien. Mir ist mit Blick auf den späteren Beruf eines Mediziners ein junger Medizinstudent lieber, der mit großer Emotion und Hingabe dem kranken Menschen ein Heiler und naher Ratgeber ist, als der, der seine Zulassung zum Medizinstudium dadurch legitimiert, dass er alle Achttausender-Gipfel des Himalaya der Reihe nach aufsagen kann. Und an den nötigen Geldern dürfte es in unserem reichen Land nicht scheitern, die medizinischen Fakultäten personell, technisch und baulich in einer Weise auszustatten, endlich mehr Mediziner auszubilden.

Ich empfehle, auch einmal darüber nachzudenken, jenen Medizinstudenten die Zulassung zum Medizinstudium zu erleichtern, die sich vorzeitig verpflichten, jedenfalls für eine bestimmte Zeit, eine Landarztpraxis zu übernehmen oder eine neue zu gründen.

Gewiss, die Menschen können von der Politik vieles fordern, aber gesund machen kann sie die Politik nicht. Andererseits wollen sie auch nicht ständig unter dem Druck drohender Krankheiten ihren Alltag erleben. Sie wollen lachen und fröhlich sein, wollen tanzen und musizieren, wollen träumen und ihren Gefühlen

freien Lauf lassen. Freude und Frohsinn, ein Glas Wein und ein geselliger Nachbar sind häufig eine gute Prävention zur Verhinderung so mancher Krankheit. Ich bleibe dabei, viele Krankheiten würden erst gar nicht auftreten, wenn man ein wenig mehr die Gelegenheit nutzte, sich durch eine klügere Ernährung und körperliche Bewegung gegen sie erfolgreicher zu positionieren. Für die Gesundheitspolitik ist es allemal besser und vor allem billiger, Kosten zur Vermeidung von Krankheiten zu begleichen, als weitaus höhere Ausgaben leisten zu müssen, wenn die Krankheit erst ausgebrochen ist.

**Ohne mehr Bildung und Ausbildung werden wir die kommenden Jahre nicht erfolgreich bestehen können.**

Ein weiteres großes und akutes Problem in unserer Gesellschaft ist die vornehmlich in Ballungsgebieten festzustellende Knappheit an bezahlbarem Wohnraum, der neben Familien mit Kindern recht häufig Rentner und ältere Menschen belastet. Bezahlbare Wohnungen gehören bekanntlich zum Grundrecht unseres Landes, das schon deshalb genau zu erfüllen ist. Die Politik muss alle Hebel in Bewegung setzen, den Neubau von Wohnraum zu fördern und zu beschleunigen, vor allem im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Jenen Menschen, die aufgrund ihres Einkommens nicht in der Lage sind, den von ihnen geforderten Mietpreis zu zahlen, muss geholfen werden, und zwar unverzüglich. Die Senioren-Union fordert alle staatlichen Stellen in den unterschiedlichen

Bereichen auf, unbürokratisch und im engen Zusammenwirken schnellstens Abhilfe zu schaffen.

In einer Zeit, in der die große Zahl der Beschäftigten und eine florierende Wirtschaft in Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen Staaten als ein selbstverständlicher Tatbestand betrachtet werden und zu politischen Diskussionen darüber kaum Anlass besteht, überkam uns urplötzlich ein Tropensommer, in dem die Hitze zu einem Dauerzustand wurde, Felder verdorrten, Flüsse austrockneten und in der die Ökologie plötzlich wieder in den Vordergrund rückte. Stromverbrauch und Plastiktüten wurden zu einem Politikum, und die Erderwärmung wurde als eine höchst bedrohliche Herausforderung empfunden, obwohl man weiß, dass der Kauf einer Juteeinkaufstasche anstelle einer Plastiktüte die Erwärmung der Welt nicht einmal um den Bruchteil eines Millionstel Grads aufhalten kann. Aber ein solches Handeln beweist Symbolpolitik. Und mit Symbolpolitik wächst die Verantwortung. Wir müssen alle umdenken, und wenn wir das tun, erleben wir solche Gedanken sogar als Gewinn. Insofern wandelt sich für uns nicht nur das Klima, sondern auch wir verändern mit einem Mal unsere Einstellungen.

Heute erinnere ich mich zuweilen an meinen früheren Bundestagskollegen und Parteifreund Herbert Gruhl, den Autor des Buches „Ein Planet wird geplündert“. Mich hat Gruhl seinerzeit mit seinen Thesen außerordentlich beeindruckt. Ich weiß noch, wie es ihn innerlich verletzte, von Kollegen wegen seiner Forderungen zum Umdenken in der Klimapolitik belächelt zu werden. Was hätte die Union gewinnen können, wenn sie seinerzeit ernsthafter und verständnisvoller mit seinen Überlegungen umgegangen wäre? Holen wir es nun nach und machen den Schutz der Umwelt zu einem Zentralthema unserer Politik, schließlich auch deshalb, weil die Bevölkerung es so will.

In der Frage der Rechtssicherheit dürfen wir nicht Gefahr laufen, dass unsere demokrati-

sche Ordnung an Stabilität verliert. Es ist nicht akzeptabel und spricht für die Erosion des Rechtsstaates, wenn, wie bekannt, Abgaswerte für Dieselfahrzeuge zwar gesetzlich festgelegt wurden, der Staat sich aber nicht willens zeigte, für ihre Einhaltung zu sorgen. Als die Gerichte schließlich die Befolgung der Gesetze anordneten und Fahrverbote verfügten, durfte man sich nicht wundern, dass die Bürger dem Staat Schwäche vorwarfen, weil er zuließ, dass sich mächtige Konzerne am geltenden Recht vorbeimogelten. Im abendländischen Rechtssystem, aber auch im Rechtsempfinden der Menschen gilt allgemein der Grundsatz, dass der Schädiger für den von ihm angerichteten Schaden einzustehen hat und nicht umgekehrt. Wer als überführter Tüchtigkeitsgut hohe Milliardensummen als Entschädigung über den Atlantik in die USA überweist, darf sich in Deutschland vor deutschen Staatsbürgern für das gleiche Delikt nicht ungeschoren aus dem Staube machen. Ohne Rechtsstaatlichkeit nimmt die Demokratie Schaden.

Auf dem Gebiet des Asyl- und Migrationsrechts wird eine Diskrepanz zwischen geltendem Recht und seiner praktischen Anwendung deutlich. Wenn beispielsweise eine illegale Zuwanderung stattfindet, dann wird eine gesetzlich vorgesehene Ausweisungspflicht vielfach nicht angewendet. Und wenn beispielsweise Vertreter großer islamischer Clans öffentlich bekunden, für sie gelte allein das Recht ihrer Familie, dann muss solchen Herrschaften umgehend zu verstehen gegeben werden, dass die Zeit ihres Aufenthalts in Deutschland abgelaufen ist. Es kann auch nicht hingenommen werden, dass ein Clanvertreter bei einer Kontrolle durch die deutsche Polizei einem der Beamten zurufen kann, er möge ihm doch bitte seine Privatadresse und die Zahl seiner Kinder nennen. So etwas kann nicht ungestraft bleiben. Ebenso wenig hinnehmbar ist es, dass an Freitagen häufig Kinder aus muslimischen Familien nicht zum Schulunterricht erscheinen. In Deutschland herrscht Schulpflicht und diesem Gesetz unterliegen ausnahmslos alle Kinder in unserem Land, unabhängig vom Glauben ihrer Eltern. Wer Gesetze nicht befolgt, hat mit Konsequenzen zu rechnen. Erfolgen sie nicht, dann darf man sich über Staatsverdrossenheit nicht wundern.

Ohne Zweifel war es auch kein Beweis für eine gelungene Integration, als kürzlich anlässlich der Einweihung der Ditip-Moschee in Köln mehr als 15.000 junge türkischstämmige Deutsche erschienen und Erdogan zuriefen: „Wir sind deine Armee, und du bist unser Kommandant!“

Gute Tradition am Ende einer jeden Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union: das Singen der Nationalhymne.



Dabei formten die meisten von ihnen ihre Hände zu einem Zeichen der „Grauen Wölfe“, einer faschistischen Vereinigung. „Wir haben zwar einen deutschen Pass“, so riefen sie, „aber Türken sind wir geblieben.“ Wenn diese jungen Menschen mit deutschem Pass Erdogan-Fans sind, für den sie alles tun würden, wie sie bekundeten, dann stellt sich doch die Frage nach einer gelungenen Integration. Sprache und deutscher Pass allein sind dafür wohl keine hinreichenden Beweiskriterien mehr, sondern mit den Huldigungen Erdogans eher ein sichtbares Zeichen für fehlendes Demokratieverständnis und eine fehlende Akzeptanz gegenüber den Forderungen des Grundgesetzes. Wer solche Tatbestände verharmlost, darf sich nicht wundern, wenn nationalistische und islamistische Vorstellungen zu einer Gefahr für unseren Rechtsstaat werden. Umso mehr sollte gemäß dem Beschluss unseres letzten Bundesparteitages vor zwei Jahren in Essen der Doppelpass nicht unbedingt mehr als ein hilfreicher Teil für eine Integration angesehen werden.

Wenn sich Bürgerinnen und Bürger in unserem Land fragen, was angesichts der Entwicklungen in der Welt vor dem Hintergrund des Aufkommens neuer machtvoller Nationen außerhalb unseres Kontinents und in den Vordergrund drängender Religionen getan werden muss, die die christliche Kultur und die westlich orientierte Wertegemeinschaft ablehnen, teilweise sogar offen bekämpfen, dann muss darauf eine Antwort gefunden werden, die sich an der Wirklichkeit orientiert und den Menschen in unserem Land die Sorgen nimmt. Ich möchte darauf als Europäer eine Antwort geben:

Unsere europäische Kultur hat ihre Wurzeln in der griechischen Philosophie mit ihren demokratischen Traditionen, im römischen Recht, den Wertvorstellungen des Christentums und den unwiderruflichen Postulaten der Aufklärung, die alle zum Fundament des europäischen Geisteslebens gehören und am Ende den europäischen Verfassungen ihren einzigartigen freiheitlichen Rang verliehen haben.

Für diese Kultur und die daraus resultierenden

Gesetze haben Millionen von Frauen und Männern auf diesem Kontinent in einem mehr als 3.000 Jahre währenden Prozess Frieden und Freiheit gesucht und gewollt und dafür zuweilen unsäglich gelitten und unermessliche Opfer gebracht. Leitkultur des rechtlichen Denkens ist in Deutschland allein das Grundgesetz, und dabei wird es bleiben! Unter diesem Gesetz heißen wir alle Fremden willkommen. Wer sich dagegen von den Vorgaben unserer Verfassung eingeengt fühlt, ihre Forderungen sogar als Angriff auf seine persönliche Identität empfindet, dem gibt unsere freiheitliche Verfassung jederzeit das Recht, unser Land wieder in voller Freiheit verlassen zu können. Mitglieder anderer Religionen haben das Recht, in unserem Land ihren Glauben zu praktizieren,

**Wenn der Europa prägende Freiheitsgedanke ins Wanken gerät, ist neben dem freien Glauben auch die Demokratie in Gefahr.**

wie es unsere Verfassung erlaubt. Und gehindert ist auch kein Moslem daran, einmal darüber nachzudenken, dass Christen zu den am meisten verfolgten Gläubigen in der Welt gehören und für ihre Bekenntnistreue bestraft werden, nicht selten in muslimischen Ländern sogar mit der Todesstrafe rechnen müssen, unabhängig von den grausamen Methoden islamischer Terrormilizen. Christen sind zum Dialog mit Andersgläubigen bereit. Ein Dialog kann aber nur funktionieren, wenn alle Beteiligten sich an gemeinsame Regeln und an gemeinsame Wertvorstellungen halten. Dialogbereitschaft bedeutet nicht Standpunktlosigkeit. Und wir Deutschen sprechen in Deutschland Deutsch, nicht Englisch, es sollte auch kein

„Denglisch“ sein, nicht Chinesisch, nicht Japanisch, nicht Italienisch und auch nicht Arabisch oder eine andere Sprache. Wenn Zuwanderer Teil unserer Gesellschaft werden wollen, dann bitte lasst uns Deutsch miteinander sprechen. In jedem Fall müssen Parallelgesellschaften, die sich unterschiedlichen Gesetzen und Wertvorstellungen verbunden fühlen, verhindert werden. In Deutschland gilt die Scharia ebenso wenig wie ungleiches Recht für Mann und Frau. Mit permanenter Distanzierung und mit Rückzugsbewegungen auf dem Feld unserer freiheitlichen europäischen Traditionen werden wir auf die Dauer Schiffbruch erleiden. Beschwichtigungen und Mahnungen zur Toleranz allein werden sogenannte Gotteskrieger nicht von ihren schändlichen Taten abhalten. Ob wir es wollen oder nicht, angesichts solcher Gegner müssen wir einsehen, dass unsere säkularen Lebensformen auf dem Spiel stehen. Wir können damit fertig werden und Gefahren abwehren, wenn sich die Europäer darüber klar sind, wofür sie stehen und zu welchen Bedingungen sie zu kämpfen bereit sind. Wenn der Europa prägende Freiheitsgedanke ins Wanken gerät, ist neben dem freien Glauben auch die Demokratie in Gefahr. Wer das nicht einsieht, hat augenblicklich den Kampf verloren.

Europäer brauchen wieder mehr Stehvermögen und Beharrlichkeit in der Verfolgung ihrer politischen Ziele. Ist es nicht ein nahezu unbegreifliches Erfolgserlebnis für alle Europäer, dass ihre Länder nach unendlich vielen Kriegen eine Friedensordnung geschaffen haben, die den Fall der Grenzen herbeiführte und Erbfeindschaften beendete? Die Europäische Union ist zum Hoffnungsträger aller freiheitsliebenden Menschen in der Welt geworden. Ihre Einzigartigkeit besteht darin, dass die in ihr verbundenen Völker die längste Friedensperiode in der europäischen Geschichte schaffen konnten. Dieses Wunder gilt es zu bewahren. Europa ist zuerst und vor allem eine Wertegemeinschaft und nicht bloß eine Handelsgesellschaft. Europa ist zu einem Hort des Friedens geworden. Politische Traumtänzer sind zu seiner Verteidigung ungeeignet.

# Ein attraktives Angebot. Auch beim Platz.



## ÜBERZEUGT. VON ANFANG AN. Der T-Roc.

Ein Anblick, der sich doppelt lohnt: Als erstes Volkswagen CUV beeindruckt der T-Roc mit einer völlig neuen Formensprache – und sorgt mit seiner Ambientebeleuchtung auch im Interieur für eine ganz besondere Atmosphäre. Zudem beweist er mit einem Ladevolumen von bis zu 1.290 Litern, dass kompaktes Design und Alltagsauglichkeit wunderbar kooperieren können.

**Wir bringen die Zukunft in Serie.**



Volkswagen

Abbildung zeigt Sonderausstattungen gegen Mehrpreis. Stand 08/2018.



Auf geht's – Einlass zur 17. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU Deutschlands in Magdeburg.



Für das C im Namen: der ökumenische Gottesdienst zu Beginn der Veranstaltung, diesmal mit Oberkirchenrat Albrecht Steinhäuser (l.) von der Evangelischen Landeskirche sowie Stephan Rether, dem Bevollmächtigten des Bischofs von Magdeburg und des Erzbischofs von Berlin gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt.

17. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union in Magdeburg

# / EIN STARKES SIGNAL DES *Aufbruchs*

Wieder einmal setzte die Senioren-Union im Rahmen einer ebenso bemerkenswerten wie richtungsweisenden Bundesdelegiertenversammlung Ausrufezeichen. Die Plädoyers für eine engagiertere Europapolitik und eine Neuausrichtung der CDU werden nicht ungehört verhallen.

Die Senioren-Union rief und alle kamen. Vor rund 300 Delegierten und zahlreichen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Medien nutzten die drei Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz (Anm. der Red.: Wer das Rennen beim Bundesparteitag in Hamburg machen würde, war bei Redaktionsschluss noch offen) die Bühne, um sich und ihre Positionen vorzustellen. Zuvor aber brillierte wieder einmal der alte und neue Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, mit einer ebenso facettenreichen wie engagiert vorgetragenen Rede (in nahezu vollem Wortlaut auf den Seiten 4-10 dieser Ausgabe). Wulff, bekannt für sein unermüdliches Europa-Engagement, warnte die Zuhörer im Auditorium nachdrücklich: „Eine Gefahr für die Stabilität unseres Kontinents besteht in der neuerdings aufkommenden Distanz einer Reihe seiner Staaten zur Europäischen Gemeinschaft, deren Ursachen auf überholte nationalistische Tendenzen zurückzuführen sind, obwohl alle Europäer noch die Gefahren nationaler Ego-

ismen in Erinnerung haben sollten.“ Sein Gegenentwurf: „Alle Europäer müssen sich neu definieren. Natürlich muss jedes EU-Mitglied seine Interessen offensiv vertreten können, aber es muss eine Verhandlungsstruktur erhalten bleiben, die den Konsens anstrebt und nicht verhindert. Allen Europäern sollte bewusst sein, dass dies nur gelingen kann, wenn der bislang für alle geltende Wertekanon der westlichen Demokratiegemeinschaft erhalten bleibt. Bricht die Gemeinschaft, dann, das ist gewiss, zerbrechen mit Sicherheit auch die sozialen und ökonomischen Grundpfeiler ihre Mitglieder, angesichts der technischen Revolution und der globalen Entwicklungen in Asien, Afrika und Amerika eine düstere Perspektive.“ Insbesondere den Entwicklungen auf dem schwarzen Kontinent widmete der SU-Bundesvorsitzende sein Augenmerk. „Wir müssen den wahren Fluchtursachen nachgehen und diese, soweit es geht, beseitigen“, forderte er. Aber: Allein mehr Geld für Afrika werde die Zustände nicht ändern. „Wenn übelste Kriminelle an der

Spitze afrikanischer Staaten ihren Reichtum Hungersnöten und Bürgerkriegen verdanken und in manchen Ländern Potentaten an jeder Bevölkerungskrise verdienen und Nutznießer humanitärer Katastrophen sind, wird eine Entwicklungshilfe in weiten Bereichen zu einer Bereicherung der Diktatoren führen, nicht aber der Bevölkerung zugutekommen“, mahnte Wulff und spann den Faden sogleich weiter: „Jene Politiker wie Nichtpolitiker unterschätzen die Dimensionen der Schwierigkeiten, wenn sie meinen, alle tatendurstigen Afrikaner oder Asiaten könnten ohne Probleme in unserem Sozialstaat unterkommen und den unleugbaren Mangel an Fachkräften und Billigarbeitern lösen. Im Übrigen sollten sie wissen, dass Entwicklungsländer ihre Fachkräfte selbst bitter nötig haben, als dass wir sie zum Verlassen ihrer Staaten drängen und deren Stabilität weiter belasten.“ Vehement forderte der SU-Vorsitzende: „Wenden wir uns endlich ab von neokolonialer, europäischer Besserwisseri und geben den Afrikanern selbst die Möglichkeiten,

eine Lösung ihrer Probleme zu finden. Wir können vor allem dadurch helfen, Waffenlieferungen zu unterbinden. Und helfen wir ihnen bei einer Technik, eine höhere Produktivität in der Landwirtschaft zu erreichen.“ Neben seinem Parforceritt durch die Probleme der Zeit – von der Migration und Integration über die Bildung bis zur Digitalisierung – konnte Wulff mit einem aktuellen Erfolg der Senioren-Union aufwarten. Ihrem Drängen ist es nämlich zu verdanken, dass innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Kürze eine „Gruppe der Älteren“ etabliert wird, wie es sie beispielsweise für Kommunalpolitik, Mittelstand oder Frauen seit längerem gibt. Die neue Arbeitsgruppe soll sich insbesondere den Anliegen der älteren Generation widmen. Jan Peter Luther, Bundesgeschäftsführer der Senioren-Union, würdigte dies in seinem Rechenschaftsbericht als vielversprechendes Instrument, Anträge und Vorstellungen zur Seniorenpolitik künftig im parlamentarischen Raum intensiver noch als bislang begleiten zu können. Als erster Gastredner der Bundesdelegiertenversammlung trat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ans Mikrofon. Seine mit Spannung erwartete Rede begann er mit einer sehr persönlichen Erinnerung an den Deutschlandtag der Jungen Union 1998 in just dem Saal, in dem er nun als Chef des Gesundheitsministeriums und Kandidat für den CDU-Bundesvorsitz aufträte. Er erinnerte an die erfolgreiche Zusammenarbeit der Senioren-Union mit der Jungen Union, ohne diese Union der Generationen, die immer auch eine Union der Wahlkämpfer gewesen sei, könne die CDU überhaupt keinen Wahlkampf mehr machen. „Danke fürs Mitkämpfen, liebe Mitglieder der Senioren-Union“, so seine Eingangsformel. „Wir verblüffen gerade Deutschland“, so fuhr



Aufmerksame Zuhörer: Mitglieder des Bundesvorstands und Gäste der SU in der ersten Reihe des Auditoriums.



Wieder ein tolles Wahlergebnis: Die Delegierten bestätigten Prof. Dr. Wulff mit 93,4 % der Stimmen im Amt des Bundesvorsitzenden.



Überbrachte Grüße der Schwesterorganisation: Dr. Thomas Goppel, ehemaliger Staatsminister und jetziger Vorsitzender der Senioren-Union der CSU.



Engagierte Stimme für Europa: Prof. Dr. An Hermans, Präsidentin der Europäischen Senioren-Union (ESU).



Führte souverän durch die Versammlung. Prof. Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten.



Christa Thoben und Claus Bernhold, beide von den Delegierten als stellvertretende Bundesvorsitzende wiedergewählt.



Zahlen, Daten, Fakten zu den Finanzen der Senioren-Union vermittelte Bundeschatzmeister Heinz Soth.



Viel und gute Arbeit: Bundesgeschäftsführer Jan Peter Luther berichtete über die Aktivitäten der letzten beiden Jahre.

er fort, denn durch die Regionalkonferenzen zur Bundesvorsitzendenwahl seien wieder Freude an der Debatte und eine Aufbruchsstimmung zu spüren. Das sei ein erster Schritt, um das verlorengegangene Vertrauen – sichtbar ausgedrückt in den zweistelligen Verlusten bei den letzten Landtagswahlen – wiederzugewinnen. Viele Menschen hätten das Gefühl, die Republik funktioniere nicht mehr, egal, ob desaströse Großbauvorhaben wie der Berliner Flughafen, die Dieseldebatte, der Ärztemangel auf dem Land oder auch nur die bange Frage, ob man seine Kinder noch unbesorgt bei Dunkelheit auf die Straße lassen könne. Politische Überkorrektheit dürfe nicht dazu führen, dass man solche Probleme nicht mehr ansprechen dürfe, so Spahn, der für „wieder mehr Mut in der Meinungsvielfalt“ plädierte. Insbesondere die Bürger im Osten hätten es „nicht verdient, wenn ihnen pauschal ein Demokratiedefizit unterstellt werde“.

Spahn möchte die Parteiarbeit der CDU reformiert sehen, nicht zuletzt durch die Möglichkeiten der Digitalisierung. Zudem forderte er ein „positives Verhältnis zu Innovation, Forschung und Entwicklung in diesem Land“ und ein verstärktes Engagement für Europa – Deutschland könne Mittler zwischen den 27 Mitgliedsstaaten sein. Auf seinem ureigensten Feld der Gesundheitspolitik warb er für sein Pflegesofortprogramm, das die Schaffung von 13.000 neuen Stellen in diesem Bereich vorsieht. „Ich weiß, das ist nur ein erster Schritt, aber man muss doch irgendwo anfangen“, so seine Replik an Kritiker dieses Programms. Er wisse um die Problematik der Stellenbesetzung. Hierzu müsse jetzt ein zweiter Schritt erfolgen, nämlich Perspektiven und Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen zu verbessern. Zudem will Spahn bekanntlich ab dem 1.1.2019 die Pflege auch für reine Betreuungsdienste öffnen, um dem Pflegenotstand zu begegnen.

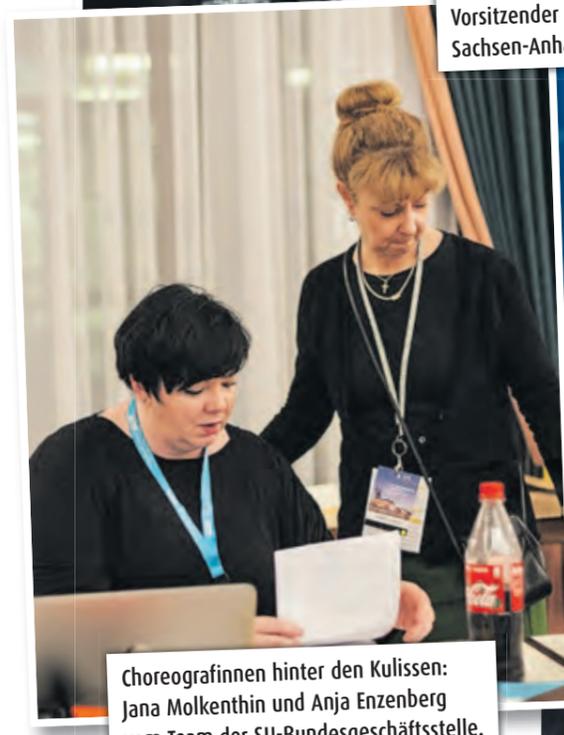
Als zweiter der drei Kandidaten für den Bundesvorsitz erklomm Friedrich Merz die Bühne.

Da bei den Planungen für die Bundesdelegiertenversammlung vom Rückzug Angela Merkels und der daraus folgenden Kandidatenkür für den Bundesvorsitz noch nicht die Rede war, musste Merz als zusätzlicher Gastredner aus Termingründen in die Podiumsdiskussion zum deutsch-französischen Verhältnis integriert werden (siehe auch S. 18 zu dieser Diskussion). Der seit zehn Jahren pausierende Politprofi meisterte diese Erschwernis allerdings gewohnt eloquent. Die CDU stehe vor einer tiefen Zäsur und er wolle seinen Teil dazu beitragen, diese Partei wieder zu einer Volkspartei der Mitte zu machen, antwortete er auf die Frage nach den Gründen für sein neuerliches Polit-Engagement.

Seine Zielgruppen, die er für die Partei gewinnen beziehungsweise zurückgewinnen will, seien vor allem junge Familien und Wertkonservative. Viele vermissten an der CDU die nötige Klarheit. Es sei ein Alarmzeichen, wenn sich Teile von Polizei und Bundeswehr von der Union abwendeten. Merz will deshalb die CDU wieder zur Partei der inneren und äußeren Sicherheit machen. Es könne nicht hingenommen werden, wenn etwa im Ruhrgebiet ganze Stadtteile völlig abrutschten und Clans dort ihre Vorstellungen von Recht und Ordnung auslebten. Merz: „Das stört das Rechtsempfinden der normalen Bürger massiv!“ Ebenso will der Sauerländer die wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz für die CDU zurückgewinnen. Man müsse den Menschen draußen im Land auch wieder klarmachen, dass man nicht nur verteilen könne, sondern auch erwirtschaften müsse. Und schließlich müsse die CDU die deutsche Europapartei bleiben. Mit Blick auf die Entscheidung im September 2015, die Tore des Landes weit zu öffnen, forderte Merz, dass die Politik in Deutschland künftig keine innenpolitischen Entscheidungen mit Auswirkungen auf die Nachbarländer mehr treffen sollte, die nicht



Prof. Dr. Wolfgang Merbach, SU-Vorsitzender in Sachsen-Anhalt.



Choreografinnen hinter den Kulissen: Jana Molkenthin und Anja Enzenberg vom Team der SU-Bundesgeschäftsstelle.



Für besondere Verdienste: Der neue NRW-Landesvorsitzende Helge Benda überreichte dem langjährigen NRW- und scheidenden stellv. Bundesvorsitzenden Leonhard Kuckart die Konrad-Adenauer-Medaille der Senioren-Union.

vorab mit den Anrainern abgestimmt wurden. Unsere Nachbarn, stellte Merz klar, verzweifeln nämlich nicht nur an unserer Asyl-, sondern beispielsweise auch an unserer Energiepolitik. Mit Blick auf die zunehmenden Flüchtlingsströme auf der Welt sagte Merz, das Problem der Migration sei alleine mit Gesetzesänderungen nicht zu lösen. Man brauche eine Strategie für Afrika, für eventuelle Militäreinsätze, für den Aufbau ziviler Infrastrukturen in den besonders von Wanderungsbewegungen betroffenen Ländern.

Am zweiten Tag dann der Auftritt der ursprünglich in ihrer Funktion als CDU-Generalsekretärin eingeladenen Annegret Kramp-Karrenbauer. Sie bedankte sich zunächst beim SU-Bundesvorstand und den Delegierten für die geleistete politische Arbeit: „Die CDU wäre ärmer, wenn sie die Senioren-Union nicht hätte.“ Die spürbare Aufbruchsstimmung in der Partei kommentierte sie gleichermaßen erfreut wie mahnend: Die überaus konstruktiven Diskussionen rund um die Bewerberkür zum

Bundesvorsitz wären umsonst, „wenn die CDU am Tag 1 nach dem Hamburger Parteitag nicht geschlossener und stärker zusammensteht als in der Vergangenheit“.

Die CDU müsse sich dabei gar nicht neu erfinden, aber ihr Wertegerüst immer wieder neu justieren. Wenn immer mehr Menschen konfessionslos seien, bedeute dies nicht, das C im Namen über Bord zu werfen. Denn dies sei ja gerade der Markenkern der CDU, den Menschen aus christlicher Sicht so zu betrachten, wie er ist, und ihn weder in Schubladen zu stecken noch ihm irgendwelche Ideologien überzustülpen. Kramp-Karrenbauer: „Wir glauben nicht, dass man Menschen von der Wiege bis zur Bahre betreuen muss, und beurteilen die Menschen danach, wie sie sich in die Gesellschaft einbringen.“ Dazu gehöre ebenfalls, dass man sich an Regeln halten müsse, was selbstverständlich auch für Migranten gelte.

Dann vollzog die Generalsekretärin einen Schwenk zum Thema Umwelt. Die Politik dürfe nicht nur das Hier und Heute im Blick haben,

## Der neue Bundesvorstand

Die 277 Delegierten der 17. Bundesdelegiertenversammlung wählten den neuen Bundesvorstand wie folgt:

<b>Bundesvorsitzender:</b>	
Prof. Dr. Otto Wulff	93,4 %
<b>Stellvertretende Bundesvorsitzende:</b>	
Helge Benda	73,9 %
Heidi Exner	70,7 %
Christa Thoben	67,0 %
Jürgen Feddersen	62,3 %
Claus Bernhold	57,6 %
Prof. Dr. Wolfgang Merbach	50,7 %
<b>Bundesschatzmeister:</b>	
Heinz Soth	68,2 %
<b>Schriftführer:</b>	
Dr. Gerhard Schier	65,6 %
<b>Mitgliederbeauftragter:</b>	
Ingo Hansen	92,6 %
<b>Beisitzer:</b>	
Ursula Kuri	87,7 %
Karin Giovannella	87,4 %
Wilma Ohly	86,6 %
Astrid Birkhahn	82,4 %
Erika Koegel	82,4 %
Eberhard Bauerdick	78,2 %
Rolf Berend	78,2 %
Helga Lucas	76,2 %
Dr. Gabriele Peus-Bispinck	75,5 %
Karl-Heinz Totz	75,5 %
Dr. Fred-Holger Ludwig	73,9 %
Alfons Gerling	69,3 %
Peter Fröhlingdorf	68,6 %
Theo Tissen	64,8 %
Peter Grab	64,4 %
Wolfgang Gunia	63,2 %
Uwe Anders	62,5 %
Dr. Herlind Gundelach	56,7 %
Uwe Schmidt	56,7 %

**Kassenprüfer:**  
Per Handakklamation wählten die Delegierten einstimmig Walter Klemme und Rudolf Preuß erneut für die Prüfung von Kasse und ordnungsgemäßer Buchführung bei der Senioren-Union.



Argumentativ stark: Fairer Kampf um den CDU-Bundesvorsitz – Jens Spahn und Annetegret Kramp-Karrenbauer.

sondern müsse „immer auch daran denken, welche Welt wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen. Warum erfahren denn die Grünen einen solchen Zuwachs?“, fragte sie das Auditorium. „Weil die Menschen besorgt sind über den Zustand der Umwelt“, legte sie sogleich nach und gestand durchaus selbstkritisch: „Wir haben dieses Thema eine Zeitlang zur Seite gelegt.“ Das sei ein Fehler gewesen. Der ehemalige CDU-Bundesumweltminister Klaus Töpfer habe gezeigt, „dass sich gute, nachhaltige Umweltpolitik und gute Wirtschaftspolitik nicht ausschließen“. Merke also: Die CDU kann auch Umwelt, wenn sie will. Man müsse allerdings, so Kramp-Karrenbauer, die Arbeitsplätze von heute „mitdenken“, das Wirtschaftssystem müsse stark gehalten werden, ohne die Umwelt zu vernachlässigen. Als Ziel für die unmittelbare Zukunft gab sie ähnlich wie Merz und Spahn die 40-Prozent-Marke aus, die es zu erreichen gelte, indem man zu den Grünen und zur AfD abgewanderte Wähler zurückgewinne. Sprachs und erntete

wie ihre Vorredner langanhaltenden Applaus für einen sympathischen Auftritt. Absolut diskussionsfreudig und dennoch diszipliniert in der Einhaltung der Redezeiten zeigten sich die Senioren bei der Bewältigung der formalen Teile der Bundesdelegiertenversammlung. So votierten sie einstimmig für die Annahme des neuen, in den letzten beiden Jahren in intensiven Diskussionen erarbeiteten Grundsatzprogramms. Ähnlich einmütig pasierten einige Satzungsänderungsanträge das Forum. Für Emotionen sorgte dann doch ein Antrag zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die Deutsche Umwelthilfe (DUH). Diese mit 300 Mitgliedern nur kleine Umweltschutzorganisation befördert seit Jahren mit einer Klagewelle gegen Kommunen und Hersteller die Dieseldebatte auf ein unsinniges Niveau, wird doch die Sinnhaftigkeit der bestehenden Stickoxid-Grenzwerte an deutschen Straßen auch von wissenschaftlicher Seite zunehmend in Frage gestellt. Mit Blick auf den Verdacht, dass ein gutes Drittel des DUH-Etats durch einen japanischen Automobilhersteller finanziert

wird, stimmten die Delegierten diesem Antrag schließlich mit großer Mehrheit zu. Dem Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff war es schließlich vorbehalten, die Delegierten für die kommende Arbeit in den Kreis- und Ortsvereinigungen zu motivieren. „Die Senioren-Union betreibt Politik aus Freude, und wir haben allen Grund zum Optimismus, dass die Union wieder in Fahrt kommt“, so Wulff in seinem Schlusswort. „Wir können draußen in den Gesprächen mit den Menschen wieder zeigen: Die CDU ist die Lösung! Und als Europapartei lassen wir uns von keiner anderen Partei übertreffen!“



Für zwei Jahre gewählt: Prof. Dr. Otto Wulff als Bundesvorsitzender und der neue Bundesvorsitz der Senioren-Union.



## Grußworte zur Bundesdelegiertenversammlung (Auswahl)

„2019 wählen wir ein neues Europaparlament. ... In solchen Zeiten benötigt man einen klaren Kompass. Und es braucht die Kraft, in einer Gesellschaft, die sich unter den Bedingungen von Globalisierung und Digitalisierung immer stärker individualisiert und fragmentiert, Menschen zusammenzubringen. Es braucht das, was Volksparteien aus- und so lange stark gemacht hat. Vor diesen Aufgaben steht unsere Partei. Sie hat mit dem Wechsel an ihrer Spitze die Chance, in der personellen Neuaufstellung neue Kräfte zu schöpfen und in den innerparteilichen Debatten sichtbar zu machen, wofür die CDU steht. Erfahrung hilft dabei. Weil sie Selbstvertrauen und Gelassenheit verleiht. Beides braucht es, um sich den komplexen Herausforderungen mit Zuversicht zu stellen. Und deswegen bin ich mir sicher, dass die Senioren-Union auch weiterhin eine vernehmbare Stimme innerhalb der Christlich Demokratischen Union sein wird.“

**Dr. Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestages**

Ich danke allen Mitgliedern des Bundesvorstands (der Senioren-Union) für ihr Engagement, ihre Bereitschaft, sich mit ihrer langjährigen Lebenserfahrung einzubringen, und vor allem für die gute Zusammenarbeit mit dem CDU-Bundesvorstand in den letzten Jahren.  
**Peter Altmaier MdB, Bundesminister für Wirtschaft und Energie**

Ich weiß: Die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Entwicklungen ist in der Senioren-Union immens. Gleichzeitig brauchen wir aber auch Ihre Lebenserfahrung und Ihre Fähigkeit, Dinge in längeren Zusammenhängen einzuordnen. Ich bitte Sie daher: Bringen Sie sich in die vielen Diskussionen ein, wie etwa zu ethischen Fragen der Nutzung künstlicher Intelligenz.  
**Anja Karliczek, Bundesministerin für Bildung und Forschung**

Mit ihrem Grundsatzprogramm nimmt die Senioren-Union zentrale gesellschaftspolitische Themen in Deutschland in den Blick und widmet sich zugleich Europa. Als Seniorenverband und Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) geben Sie damit ein wichtiges Signal: Das Wohlergehen Deutschlands hängt eng zusammen mit den Entwicklungen in Europa.  
**Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

## Grußworte aus Sachsen-Anhalt



Sowohl Ministerpräsident Dr. Rainer Haseloff (l.) als auch Sachsen-Anhalts Innenminister und CDU-Landesvorsitzender Holger Stahlknecht (r.) ließen es sich nicht nehmen, der Senioren-



Union in Magdeburg ihre Aufwartung zu machen. Haseloff, ebenso wie die Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch Mitglied dieser zweitstärksten CDU-Vereinigung, beschäftigte sich dabei in seiner Rede auf humorvolle Weise mit den Geschehnissen im Lande seit der letzten Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union vor zwei Jahren, die ebenfalls in Magdeburg stattfand. Er würdigte das vergangene Luther-Jahr als herausragendes Ereignis und warb zugleich für das bevorstehende 100-jährige Jubiläum des Bauhauses in 2019, das einen ausgezeichneten Anlass bietet, das interessante Land Sachsen-Anhalt zu bereisen. Innenminister Stahlknecht übernahm mehr den politischen Part. Er lobte die Kandidatenkür um den Bundesvorsitz der CDU mit den Worten: „Die anderen Parteien würden sich die Finger danach lecken, eine solche Auswahl an besonderen Persönlichkeiten zu haben.“ Der SPD sprach er ab, noch eine Volkspartei zu sein. Sie habe ihr Verhältnis zur Linken bis zum heutigen Tage nicht geklärt, deshalb wählten viele Menschen lieber gleich das Original. Seine Partei warnte er vor einer Anlehnung an die AfD, weil diese „in unserem Sinne nicht konservativ ist“, es fehle ihr „an Würde und Anstand“. Sein Credo: „Wir brauchen wieder einen starken Rechtsstaat, aber keinen Rechtsruck!“



Boten den Delegierten und den Gästen der Senioren-Union Stoff für Diskussionen und interessante strategische Ansätze künftiger Politik: Annegret-Kramp Karrenbauer und Friedrich Merz.



### Podiumsdiskussion

## Frankreich und Deutschland – eine Erfolgsgeschichte für Europa

Und es gibt sie doch – die glücklichen Fügungen und Wendungen der Weltgeschichte. Die deutsch-französische Freundschaft ist ein wunderbares Beispiel dafür. In den Tagen, da allerorten des 100. Jahrestags des Weltkriegsendes 1918 gedacht wurde, berichteten die Teilnehmer der Podiumsdiskussion einmütig über wichtige Daten und erfreuliche Fortschritte, die das Nachbarschaftsverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich in den letzten Jahrzehnten immer weiter vertieften und die beiden Nationen heute zu einer wichtigen Achse in Europa macht. So erinnerten die Teilnehmer unter der moderierenden Regie von Nicole Massion an Eckdaten der 1950er und 1960er Jahre, etwa die Gründung der Montanunion, den Zusammenschluss zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wie auch den als Élysée-Vertrag bezeichneten Freundschaftsvertrag vom 22. Januar 1963, unterzeichnet vom damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer und vom französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle. Unternehmer Wendelin von Boch-Galhau betonte die wirtschaftlichen Vorteile der gewachsenen Zusammenarbeit und lobte den aktuellen französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron dafür, „das Reformbemühen in Frankreich deutlich erhöht“ zu haben. Macron habe verstanden, welche Hausaufgaben durch die Euro-Einführung zu bewältigen seien. François Loos, der eine lange Familiengeschichte mit

dem SU-Bundesvorsitzenden Otto Wulff teilt, wies leicht verschmitzt lächelnd darauf hin, dass im Gegensatz zu Macron viele Franzosen nur eine vage Vorstellung davon hätten, was den wirtschaftlichen und industriellen Erfolg Deutschlands ausmache. Sie eine allerdings der Wunsch, ähnlich erfolgreich zu sein. Ex-Botschafter Jürgen Sudhoff steuerte neben vielen persönlichen Erinnerungen, beispielsweise an die Umstände bei der Unterzeichnung des sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrages, der den Weg zur deutschen Wiedervereinigung frei machte, einige kritische Anmerkungen zur deutschen Reaktion auf die vielbeachtete Macron-Rede im September 2017 an der Sorbonne bei. Die damalige Initiative des französischen Staatspräsidenten sei von Berlin „zu schwach und zu langsam bedient worden“. Das sah auch Journalistin Hélène Kohl als Problem. Macron habe eine Vision entworfen. Wenn man darauf aber keine Antwort bekomme, könne man auch nicht über Details nachdenken oder gar verhandeln. Der Vorstoß sei aber wichtig gewesen, damit die Öffentlichkeit sehe, „dass es wieder Projekte für Europa gibt“. Friedrich Merz, der der Diskussion wegen der am Abend stattfindenden Regionalkonferenz in Halle nur eine knappe Dreiviertelstunde bei-

wohnen konnte, nannte dafür beispielhaft die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik. Eine gemeinsame Rüstungsbeschaffung könne dabei am Anfang stehen. „Donald Trump ist nicht das Inkassobüro der NATO, wir müssen selbst wissen, was uns Freiheit und Sicherheit wert sind“, sagte Merz unter großem Beifall des Auditoriums.

Teilnehmer:

**Friedrich Merz**

**Hélène Kohl**, Autorin, Journalistin

**Dr. Jürgen Sudhoff**, Staatssekretär im Auswärtigen Amt a.D., Deutscher Botschafter in Frankreich a.D.

**François Loos**, Minister für Außenhandel und Industrie in Frankreich a.D.

**Wendelin von Boch-Galhau**, Unternehmer, Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzender a.D. von Villeroy & Boch

Moderation: **Nicole Massion**, Journalistin, Moderatorin, Reporterin (u.a. bei Phönix)



Komplettierte die von vielen persönlichen Erinnerungen geprägte Gesprächsrunde über das deutsch-französische Verhältnis zumindest zeitweise: Friedrich Merz.



Das besondere Reiseerlebnis für Mitglieder und Freunde!



## BAD ZALAKAROS

Wellnesstage im ungarischen Heilbad

Haustür-abholung auf Wunsch möglich!



### Reiseleistungen:

- Flüge vom gewünschten Abflughafen\* nach Sarmellek und zurück mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class
- Fluggebühren und Luftverkehrsabgabe
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 7 Übernachtungen im Hotel Karos Spa (4-Sterne Superior, Landeskategorie)
- 7 x reichhaltiges Frühstücks- und Abendbuffet mit ungarischen und internationalen Gerichten
- Ärztliche Eingangskonsultation
- Sechs Kuranwendungen nach ärztlicher Vorgabe pro Woche
- Kostenfreie Nutzung der großen Badelandschaft (Innen- und Außenbecken (saisonal), Thermal- und Schwimmbecken, Erlebnisbecken, Saunainsel, Eisgrotte und Fitnessraum)
- Leihbademantel
- Kostenloser Internetzugang (WiFi)
- Deutschsprachige Gästebetreuung vor Ort
- Umfangreiche Informationen zur Reise
- Flüge möglich ab/bis Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und München (Termine siehe Preisliste)

### Preise für Haustürabholung:

Zone	Radius	Preis p.P.
Zone 1	bis 69 km	EUR 49,-
Zone 2	bis 129 km	EUR 99,-
Zone 3	ab 130 km	EUR 149,-

Zimmerbeispiel Hotel Karos Spa\*\*\*\*Sup



### Hotel Karos Spa\*\*\*\*Superior

**Lage:** Das 4-Sterne-Superior Hotel Karos Spa ist zentral und gleichzeitig ruhig gelegen. Das Zentrum von Bad Zalakaros ist ca. 400 Meter entfernt.

**Ausstattung:** Das Hotel verfügt über eine großzügig gestaltete Eingangshalle mit Rezeption, Restaurant, Bar mit Live-Musik, Café Spa, weiträumig gestaltete Badelandschaft mit großem Innen- und Außenpool (saisonal), Thermal- und Schwimmbecken, Erlebnisbecken, Saunainsel, Eisgrotte und Fitnessraum. Kurz: beste Voraussetzungen für entspannte Wellnesstage.

**Zimmer:** Alle 300 Zimmer sind komfortabel mit Dusche, WC, Haartrockner, Direktwahltelefon, TV, Minibar, kostenfreiem WiFi und Klimaanlage eingerichtet.

**Kurabteilung:** Das Hotel verfügt über eine große Kurabteilung, in dem über 100 Wellness- und Heilbehandlungen angeboten werden. **Essen:** Frühstück und Abendessen werden in Buffetform angeboten.

Seinen Status als Stadt der Heilquellen verdankt der kleine ungarische Ort einem Zufall: Als Anfang der sechziger Jahre in Bad Zalakaros nach Öl gesucht wurde, fanden die Bohrtrupps zwar kein Schwarzes Gold, stießen dabei jedoch auf eine vulkanische Quelle mit 95 Grad Celsius heißem Thermalwasser.

Zahlreiche Thermalbäder und Kurhotels entstanden in der Folgezeit. Die Thermalquelle enthält viele heilaktive Mineralien und Spurenelemente. Dieses Heilwasser eignet sich vorzüglich zur Behandlung von rheumatischen, dermatologischen, gynäkologischen und urologischen Krankheitsbildern. Gönnen Sie Körper und Geist eine Verschnaufpause – beim Kuren oder Entdecken des romantischen Städtchens und der reizvollen Umgebung der Region am Balaton.

### Termine und Reisepreise pro Person bei Zweierbelegung:

Saison	Termine 2019	Grundpreis 1/2 DZ	VL-Woche 1/2 DZ	EZ-Zuschlag*
A	27.04.   29.06., 06.07., 13.07., 20.07., 27.07.   21.09., 28.09., 05.10.	EUR 698,-	EUR 300,-	EUR 12,-
B	01.06., 08.06., 15.06., 22.06.   14.09.	EUR 723,-	EUR 325,-	EUR 12,-
C	04.05., 11.05., 18.05., 25.05.   17.08., 24.08., 31.08., 07.09.	EUR 773,-	EUR 375,-	EUR 12,-

\* Einzelzimmer-Zuschlag pro Nacht, ab 14 Nächten entfällt der Einzelzimmer-Zuschlag, außer im Zeitraum 29.06. bis 31.08.2019 (begrenzt Kontingent)

### Mögliche Flughäfen | Abflugtermine 2019

Flughafen	Abflugtermine	Abflugtermine
Berlin-Tegel**	A 28.09. B 01.06., 15.06.   14.09. C 04.05., 18.05.   17.08., 31.08.	Düsseldorf** B 01.06.   14.09. C 04.05., 18.05.   17.08., 31.08.
Frankfurt / Main	A 27.04.   29.06., 06.07., 13.07., 20.07., 27.07.   21.09., 28.09., 05.10. B 01.06., 08.06., 15.06., 22.06.   03.08., 10.08.   14.09. C 04.05., 11.05., 18.05., 25.05.   17.08., 24.08., 31.08., 07.09.	
Hamburg**	A 21.09. B 08.06. C 11.05., 25.05.   24.08., 07.09.	München A 21.09. B 01.06., 15.06.   14.09. C 04.05., 11.05., 18.05., 25.05.   17.08., 24.08., 31.08., 07.09.

Bitte beachten Sie die unterschiedlichen Bedingungen für die gewünschte Aufenthaltsdauer.

Im Fall eingeschränkter Mobilität beraten wir Sie gern.

\*\* Flugzuschlag 50,- Euro pro Person, nur mit Verlängerungswoche buchbar

1 Woche schon ab Euro 698,-

### INFORMATIONEN ANFORDERN

Reiseziel: **BAD ZALAKAROS**

Coupon ausfüllen und direkt an Terramundi GmbH, Im Wauert 14, 46286 Dorsten senden.

Schneller geht's per Fax: 023 69 / 9 19 62-33.

Besuchen Sie unsere Website: [www.terramundi.de](http://www.terramundi.de)

Bitte senden Sie mir das detaillierte Programm zur Reise nach BAD ZALAKAROS  per Briefpost  per E-Mail

Name, Vorname

Telefon mit Vorwahl bzw. Mobil-Nr.

Straße, Hausnummer

E-Mail

PLZ, Ort

JA, ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben aus diesem Formular zur Beantwortung meiner Anfrage erhoben und verarbeitet werden. Hinweis: Sie können Ihre Einwilligung jederzeit widerrufen.

# WIE LANGE NOCH VOLKSPARTEI?

**Derzeit geht es in Wählerbefragungen für CDU/CSU und SPD immer nur abwärts. Lässt sich dieser Trend drehen? Meinungsforscher Klaus-Peter Schöppner über Hintergründe und notwendiges politisches Handeln.**

Die Zahl ‚541‘ könnte womöglich den Politikfrust der Deutschen nachhaltig reduzieren: 541 lange Tage war Belgien ohne offizielle Regierung. Und dennoch unterbrachen schlaue Demoskopen nicht ihre Trendreihen – und fragten einfach weiter: „Wie zufrieden sind Sie mit der Politik der Staatsregierung?“ Nie fiel das Urteil der Belgier besser aus als in dieser regierungslosen Zeit. Konsequenz also: Wer regiert, verliert. Wer nichts tut, dem geht’s gut?

Nichts tun, nicht handeln, nichts beschließen: auch ein Modell für Deutschland in Zeiten maximalen Regierungsfrusts? Das kann eigentlich nicht die Lösung sein, auch wenn der Wähler – siehe aktuelle Parteienstärke – inzwischen zum größten Mysterium unserer Zeit geworden ist! Weitere Beispiele gefällig?

- Landtagswahl in Hessen. So gut ihre Regierungsarbeit auch war: 72 Prozent entschieden nach der Bundespolitik. Das Geld für den Wahlkampf vor Ort kann sich die CDU im Grunde sparen...
- Nur ein Partner der schwarz-grünen Koalition wurde vom Wähler belohnt. Die CDU dagegen abgestraft.
- Die SPD? Bei der Bundestagswahl 2017 mit 20 Prozent am unteren Ende ihrer Stammwählerschaft vermutet, kann ein Jahr später gerade noch 51 Prozent ihrer damaligen Wähler halten: Nie waren Wahlen zufälliger, emotionaler, nicht Wahl, sondern Abwahl! Andere Kriterien entscheiden Wahlen.

Ist das das Ende der Volksparteien? Warum geht es bei Wahlen nicht mehr um gute Politik, die besten Zukunftsentwürfe, darum, ob ein Land gut dasteht? Weil sich die Stellschrauben des Wahlentscheids in einer fragmentierten Gesellschaft stark geändert haben. Deutschland: kein Land mehr gemeinsamer, sondern einer

Vielzahl von Einzelinteressen. Ähnlich wie Autokäufer aus Tausenden von Marken/Modellen wählen können, entscheidet sich der Wähler immer öfter nach seinen Partialinteressen. Statt 60 fühlen sich nur noch 25 Prozent als Stammwähler. Die Großen werden klein, die Kleinen groß. Und für neue Parteien waren die Chancen nie besser.

Auch weil sich im Zeitalter überbordender Informationsflut, Fake News und Populismus die subjektive Wahrnehmung so stark wie nie von der Realität entfernt hat, werden Parteien in Regierungsverantwortung oftmals abgestraft. ‚Gute‘ Politik? Die Meinungen darüber gehen ins Unendliche. Der richtige Weg? Für jeden ist der ein anderer. Und Emotionen haben Inhalte längst als wichtigstes Wahlkriterium abgelöst.

### Die Gründe veränderten Wahlverhaltens

Für diese verhängnisvollen Tendenzen gibt es eine Reihe von Gründen, die zumeist in der Verantwortung der Parteien selbst liegen:

- Politik liefert keine Sicherheit: Trotz guter Wirtschaftslage ist unter den Deutschen die Zukunftsangst maximal: Alterssicherung, Digitalisierung, Flüchtlingskrise, Globalisierung und eine unsichere Finanzwelt. Die für die Bürger überschaubare Sicherheitsdauer ist von fünf Jahren auf sechs Monate geschrumpft
- Die Großen haben keinen Markenkern mehr! 70 Prozent der Deutschen sehen keine inhaltlichen Unterschiede mehr zwischen Union und SPD. Zeit, mal was Neues, Spannendes zu wagen.
- Das politische Interesse der Deutschen ist nach dem Mauerfall im Sinkflug. Also können Argumente nicht mehr beurteilt werden. Nicht Fakten, Emotionen entscheiden die Wahl. Dem Populismus werden Tür und Tor geöffnet.
- Nicht die großen Themen, sondern Partei-



dienliches wird behandelt. So wächst der Frust an der wachsenden Kluft zwischen Oben und Unten. Die Sorgen des ‚kleinen Mannes‘: interessieren nicht wirklich.

- Der Eindruck wachsender Inkompetenz hat sich in nur 10 Jahren verdoppelt. Zudem ist in Vielparteien-Regierungen gerade noch der kleinste gemeinsame Nenner durchsetzbar. So werden aus dem Wunsch ‚Mal was Neues wagen‘ die Großen klein und die Kleinen groß.

### Protest ersetzt das Ringen um die Richtigkeit

Also wird Politik nicht mehr zum Streit um neue Ideen, Inhalte, Positionen, andere Motive treten an deren Stelle: Protestieren oder Denktzettel, wenn meine Interessen nicht genügend berücksichtigt werden. Emotionen ersetzen rationale Entscheidungen. Selbst eine gute Wirtschaftslage kann nicht verhindern, dass Tagesaktualität einen deutlich größeren Einfluss bekommt: wie Fukushima, wie Seehofer, wie Diesel-Skandal! Ich wähle die Energiewende jetzt, egal, was sie jetzt kostet. Den Rodungsbaustopp sofort, selbst wenn gültige Verträge existieren. Autofreie Innenstädte, selbst wenn noch mehr Kilometer in engen Seitenstraßen gefahren werden. E-Mobilität sofort, obwohl deren Strom zu großem Teil fossil gewonnen wird und Batterien weiterhin ein Umweltproblemfall bleiben. Was immer du tust, bedenke das Ende: Dieser Satz hat bei Wahlen seiner Bedeutung verloren.

Weil es die richtige Meinung in Zeiten des Meinungspluralismus nicht mehr gibt, wird die Gegnerschaft politischer Vorhaben immer größer, wird Politik als immer schwächer, inkompetenter, zufälliger wahrgenommen. Und wenn Parteien sich tagtäglich in aufreibendem Klein-Klein verlieren, verblasst der Anreiz, sie zu wählen.

### Partial- statt gemeinsamer Interessen

Ganz offensichtlich führt diese Fragmentierung der Wähler in viele Einzelinteressen zu einer stark kontroversen Politikwahrnehmung: Gab es früher oft klare 80:20-Entscheidungen der Wähler bei politischen Streitfragen, so gibt es heute zunehmend 50:50-Voten: eine Hälfte dafür – die andere dagegen. Selbst die CDU-Wähler sind völlig gespalten über die zukünftige Ausrichtung der Union: Die eine Hälfte will die eher wirtschaftliche, die andere die eher soziale Ausrichtung. Ganz egal, wie Politik entscheidet, immer ist ein großer Teil dagegen.

### Was muss Politik jetzt liefern?

Dennoch kann Politik mit kluger politischer Vorgehensweise Wähler wieder zurückgewinnen: zum Beispiel dann, wenn keine dogmatischen, sondern realistische Ziele vorgegeben werden: Nur 40 Prozent sind für einen möglichst schnellen Ausstieg aus der Kohleverstromung, 90 % aber grundsätzlich unter Optimierung von Zeit und Kosten dafür. 20 Prozent stimmen für ein Verbot von Verbrennungsmotoren bis 2030. 71% grundsätzlich, wenn Elektro zur gleichwertigen Alternative wird.

Wichtig auch, dass politische Beliebigkeit durch Glaubwürdigkeit und Vertrauen abgelöst wird. Gewählt wird nicht mehr der strenge Parteiideologe, sondern der offene Diskutant, der verdeutlicht, dass es keine Vor- ohne Nachteile gibt, dass Positives für den einen mit Negativem für den anderen einhergeht: dass ein Rodungsstopp in Garzweiler Arbeitsplatzverluste bedeutet. Neue IT-Jobs, Umlernen für viele, Abschied von tradierten Arbeiten, Zuwanderer bedeuten Chancen und Risiken. Nur offene Diskussionen des Für und Wider schaffen Vertrauen und eine größere Entscheidungsakzeptanz.

Wähler werden immer dann mitgenommen, wenn Ziele verständlich sind und Entscheidungen auf Langfrist-Konzepten, nicht auf Zeitgeist und Wahlstrategie basieren. So wie

Adenauer mit ‚seiner‘ Westanbindung, Brandt mit der Öffnung nach Osten, Kohl mit Euro und Wiedervereinigung. Sie sträubten sich, wenn Personalquerelen und kleinste gemeinsame Nenner anstelle von Zukunftsthemen die Agenda bestimmen. Was sollen Quoten-, Gender- und Koalitionsbeendigungsdiskussionen, wenn wir uns über die Zukunft der Arbeit, das Leben in einer vollständig digitalisierten Welt, das Zusammenleben bei ansteigenden Migrationszahlen, eine Wirtschaft im Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie sorgen?

Wer Vertrauen und Glaubwürdigkeit wiedergewinnen will, muss sich an Regeln halten, die eines zum Ziel haben: Überparteilichkeit und Transparenz: Mit ihrer Wahl werden aus Parteien- Bürgervertreter. Lobbyisten auch der schweigenden Mehrheit. Politiker im Gegenorkan müssen ihr Amt möglichst gläsern und Entscheidungen begründbar gestalten.

Und sie sollten verstärkt auf die irre Vielzahl unterschiedlicher Lebensentwürfe eingehen. Nicht Kennziffern, sondern die Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf die Gesamtheit der Bürger schaffen Vertrauen. Nicht das 2 %-Wachstum, sondern Wege zur Bezahlbarkeit von Wohnungen, Entwürfe für das Leben im Alter, Sicherheit vor Überfällen, Ärzteversorgung, die Ordnung in der Flüchtlingsfrage. Handfeste Hilfen bei Problemen vor Ort zahlen sich aus.

Nachhaltigkeit, Empathie und Politik mit Langfristperspektiven sind also die Stellschrauben für Politiker, Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Nur erlebt der Wähler Politik anders. Für ihn will sie Wahlen gewinnen, statt Bürgerinteressen zu respektieren. Dabei gäbe es ein einfaches, probates Mittel, diesem Ziel näher zu kommen: nach einer verlängerten Wahlperiode keine Wiederwahl von Spitzenpolitikern mehr zuzulassen. Eine Analyse der politischen Entscheidungen amerikanischer Zwei-Wahlperioden-Präsidenten ergab nämlich: In der ersten gab es jede Menge kurzfristige Bürgerbegrückungsentscheidungen: Der Präsident wollte wiedergewählt werden. In der zweiten dagegen langfristorientiertes Handeln: Der Präsident wollte in die Geschichtsbücher eingehen.

Manchmal kann gute Politik so einfach sein. Man sollte nur die Stellschrauben kennen ...



Der Autor: Klaus-Peter Schöppner, Jg. 1949, ist ein deutscher Meinungsforscher. Er war von 1990 bis 2013 Geschäftsführer des bekannten Emnid-Instituts, Bielefeld. 2013 schied er altersbedingt bei Emnid aus und gründete ein eigenes Beratungsunternehmen, die Mentefactum GmbH, Institut für Umfragen und politdemoskopische Beratung.

# / DER „Kampf gegen rechts“ HAT DIE BÜRGERLICHE MITTE IM VISIER

**Die Linke hat die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ausgeweitet. Vom Staat unterstützt, wird alles bekämpft, was nicht links ist – der Linksextremismus, verharmlost. Der antitotalitäre Konsens ist zerstört, und die CDU muss sich entscheiden, meint Kristina Schröder, ehemals Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.**

Daniel Günther, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, ließ jüngst wissen, dass er sich in Ostdeutschland Koalitionen zwischen CDU und Linkspartei vorstellen könne. Damit sprach er aus, was sich kaum mehr leugnen lässt: Es gibt in Deutschland keinen antitotalitären Konsens mehr.

Dabei war dieser für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland konstitutiv. In den 50er und 60er Jahren wussten viele noch aus unmittelbarer eigener Erfahrung, was Hannah Arendt meinte, wenn sie eindrücklich beschrieb, dass Nationalsozialismus und Stalinismus bei allen Unterschieden notwendig auf die „Ausscheidung von ‚Schädlichem‘ oder Überflüssigem zugunsten des reibungslosen Ablaufs einer Bewegung hinauslaufen“.

Die erbarmungslose „Herrschaft des Terrors“, die daraus folgte, war für die jüdische Theoretikerin, die 1933 vor den Nazis floh, ein Element totaler Herrschaft. Nationalsozialismus und Stalinismus hielt sie für „Variationen des selben Modells“, und dieser Geist prägte die junge Bundesrepublik.

Mit der 68er-Bewegung wurde dieser Konsens erstmals in größerem Umfang angegriffen. Der Feind stand rechts und saß im Zweifel in Gestalt des eigenen Vaters am Küchentisch. Ho Chi Minh, Mao und Che Guevara waren die umjubelten Popstars der Bewegung, und man kann zugunsten dieser jungen Akademiker nur hoffen, dass im antiimperialen Kampf schlicht zu wenig Zeit blieb, sich mit dem Denken und Wirken dieser Figuren wirklich auseinanderzusetzen.

Unter den entscheidenden bundespolitischen Akteuren stand eine prinzipiell antitotalitäre Haltung allerdings nicht zur Debatte, und es

war mit Bundeskanzler Helmut Schmidt ein Sozialdemokrat, der sie im Kampf gegen die RAF eindrucksvoll mit Leben füllte.

20 Jahre später brach der Kommunismus zusammen, und der antitotalitäre Konsens erlebte eine letzte Blüte. Die Schicksale der Menschen, die dem Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen, der Frauenhaftanstalt Hoheneck oder dem Jugendwerkhof Torgau entkommen waren, zeigten drastisch, wie die vermeintlich so menschenfreundliche Ideologie des Sozialismus dem „neuen Menschen“, auf den sie angewiesen war, auf die Sprünge half: Menschen mussten unter Schlafentzug über Tage in knöcheltiefem Wasser stehen, Eltern wurden ihre Kinder weggenommen und angeblich schwer erziehbare Mädchen und Jungen gezwungen, ihr Erbrochenes zu essen. Die Staatsräson des wiedervereinigten Deutschlands war daher zunächst immer noch streng antitotalitär.

Dies fiel auch erst mal umso leichter, da das „Ende der Geschichte“ gekommen zu sein schien. Fortan ging es nicht mehr um die große Systemfrage, sondern nur noch darum, welche Positionen im politischen Diskurs als legitim gelten und mit welchen Parteien koalitiert werden darf. Mit der ersten Tolerierung einer SPD-geführten Regierung durch die SED-Nachfolgepartei 1994 im Magdeburger Landtag begann die SPD, den antitotalitären Konsens aufzukündigen.

Anfangs war die Empörung groß, nicht umsonst konnte die Union mit der „Rote-Socken-Kampagne“ 1994 noch einmal knapp die Bundestagswahl gewinnen. SPD und auch Grüne waren also darauf angewiesen, für Kooperationen mit der PDS und späteren Linken,

zu denen es in den folgenden Jahren immer häufiger kam, gesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen. Der antitotalitäre Konsens der Bundesrepublik störte dabei nur.

Daher kam es der politischen Linken sicher zupass, dass etwa zur selben Zeit die Bekämpfung des Rechtsextremismus politisch immer wichtiger wurde. Ausländerfeindliche Gewalttaten hatten Anfang der 90er Jahre ein erschreckendes Maß angenommen. Gürsün Ince beispielsweise stand 1993 in Solingen im Dachgeschoss am Fenster ihres brennenden, von Rechtsextremisten angezündeten Hauses, versuchte ihre dreijährige Tochter Güldane verzweifelt gegen die Flammen zu schützen und warf sie schließlich in die Arme eines Feuerwehrmannes, bevor sie in den Tod sprang. Allein die Erinnerung an diese Szene reicht, um zu begründen, warum eine entschlossene und ernsthafte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland Mitte der 90er Jahre absolut geboten war – und immer noch ist.

Es entstand eine Vielzahl an Initiativen und Organisationen, die sich diesem Thema widmeten, Bundesfamilien-, Bundesinnen- und Bundessozialministerium stellten in den folgenden Jahren stetig wachsende staatliche Mittel zur Verfügung, allein das Familienministerium inzwischen über 100 Millionen Euro im Jahr. Allerdings bedeutet die Auseinandersetzung mit politischem Extremismus im Subtext immer auch ein Aushandeln dessen, was im politischen Diskurs noch als legitim, als nicht extrem, gilt. Das macht dieses Feld politisch so brisant. Die Linke in Deutschland hat dies erkannt und die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus clever und wirkmächtig zu ihrem Terrain gemacht.

Dafür nahm sie einige entscheidende Umdeutungen vor: vor allem dessen, was eigentlich bekämpft werden soll. Aus dem Kampf gegen Rechtsextremismus wurde der „Kampf gegen rechts“. Wer glaubt, hier sei bloß sprachliche Faulheit am Werk, ist naiv. Vielen, die sich mit staatlicher Unterstützung auf diesem Feld tummeln, geht es tatsächlich darum, alles zu bekämpfen, was nicht links ist. Die alte 68er-These, dass die kapitalistische Gesellschaft eine zumindest präfaschistische sei, hallt hier noch nach. Sekundiert wird diese Haltung durch die Studien des Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer und des Leipziger Sozialpsychologen Oliver Decker, die immer irgendwie auf einen „Extremismus der Mitte“ hinauslaufen und die von den Parteistiftungen von SPD und Grünen, der Friedrich-Ebert- und der Heinrich-Böll-Stiftung mit viel demonstrativer Betroffenheit publiziert werden.

Im Zentrum steht der Begriff der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, die von „Islamfeindlichkeit“ über „Abwertung von Obdachlosen“ bis hin zum „Rassismus“ in vielerlei Ausprägungen daher kommt. Um diese zu messen, prüfen die Bielefelder und Leipziger Forscher die Zustimmung zu unterschiedlichen Aussagen. Darunter einige, die in der Tat auf ein rassistisches oder antisemitisches Weltbild schließen lassen, wie „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt“ oder auch „Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig“.

Abgefragt wurden in den unterschiedlichen Erhebungen seit 2002 aber auch weniger eindeutige Aussagen: Mit „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ soll der nationale „Chauvinismus“ der Befragten gemessen werden, wer der Aussage „Bei der

Prüfung von Asylansträgen sollte der Staat großzügig sein“ nicht zustimmt, macht sich der „Abwertung von asylsuchenden Menschen“ schuldig, und wer in Anbetracht der Scharia Deutschland das Recht haben sollen, nach ihren eigenen Glaubensgesetzen zu leben“, gilt als islamfeindlich.

„Die enthemmte Mitte – Deutschland auf rechten Abwegen“, titelte die „Zeit“, als 2016 mal wieder eine Studie dieser Machart erschien, und vergaß im Artikel leider zu erwähnen, dass inzwischen auch die Parteistiftung der Linkspartei, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, zu den finanziellen Förderern der Leipziger Studien zählt.

Der „Kampf gegen rechts“ ist also wörtlich zu nehmen: Es geht darum, politische Überzeugungen, denen teilweise wahrscheinlich sogar Anhänger der Union der Mitte zustimmen würden, als illegitim im demokratischen Diskurs zu brandmarken. Das Spektrum dessen, was dann noch sagbar ist, soll damit weit nach links verschoben werden. Hierzu passt, dass bei vielen Kämpfern „gegen rechts“ Unterstützung von ganz links großzügig angenommen wird. Linksextremismus gilt als nicht existent oder harmlos, Hauptsache, es geht um die richtige Sache.

Nach den Hamburger Ausschreitungen rund um den G-20-Gipfel wurde die Luft für die These von den harmlosen „linken Chaoten“ etwas dünn. SPD-Vize Ralf Stegner versuchte es auf Twitter zwar noch mit einem wackeren „Gewalttäter sind nicht links, sondern kriminell!“. Aber das Bundesfamilienministerium, von jeher besonders engagiert im „Kampf gegen rechts“, legte plötzlich Wert auf die Feststellung, man habe die von mir als Ministerin initiierten Projekte gegen Linksextremismus mitnichten weitgehend plattgemacht. Vielmehr sei der Kampf gegen Linksextremismus weiter ein wichtiger Schwerpunkt.

Da lohnt sich ein Blick in die tatsächliche Förderpraxis. Im Rahmen des Programms „Demokratie Leben“ werden Modellprojekte gefördert. Und zwar wörtlich zu folgenden Themen (Quelle: [\[dikaliserungspraevention.html\]\(http://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben/ra-dikaliserungspraevention.html\)\): „rechtsextreme Orientierungen und Handlungen, islamistische Orientierungen und Handlungen, linke Militanz“. Linksextreme Orientierungen scheinen also nicht der ministeriellen Bekämpfung zu bedürfen. Schaut man sich die Projekte gegen „linke Militanz“ im Einzelnen an, findet man unter den sieben geförderten Projekten zwei der Gedenkstätte Hohenschönhausen unter ihrem couragierten Leiter Hubertus Knabe, deren Arbeit gegen Linksextremismus auch bereits von mir gefördert wurde. Außerdem die Beratungsstelle „Annedore“, in deren Projektbeschreibung das Wörtchen „links“ kein einziges Mal auftaucht \(\[www.demokratie-leben.de/mp\\\_radikaliserungspraevention/modellprojekte-zur-radikaliserungspraevention/beratungs-und-bildungsstelle-annedore-fuer-demokratie-recht-und-freiheit-bbs-annedore.html\]\(http://www.demokratie-leben.de/mp\_radikaliserungspraevention/modellprojekte-zur-radikaliserungspraevention/beratungs-und-bildungsstelle-annedore-fuer-demokratie-recht-und-freiheit-bbs-annedore.html\)\). Beim Projekt Frontaldiskurs hingegen schon. Hier heißt es: „Wertschätzend werden linksorientierte politische Einstellungen aufgegriffen und Stigmatisierungen vermieden.“ Mein Doktorvater Jürgen W. Falter sagte immer: „In den Augen der Bevölkerung wollen die Rechtsextremen mit schlechten Mitteln das Falsche. Die Linksextremen hingegen wollen mit schlechten Mitteln das Gute.“ Diese Überzeugung hat sich inzwischen weit verbreitet und damit dem antitotalitären Konsens die Basis entzogen. Die Union muss sich entscheiden, ob sie nach wie vor für diese Überzeugung kämpfen will. Oder aufgeben. Dann spräche in der Tat auch nur noch wenig gegen pragmatische Bündnisse mit der Linken. !\[\]\(46640dde7b07b331a602d66b45136e2f\_img.jpg\)](http://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben/ra-</a></p></div><div data-bbox=)

Hinweis: „Dieser Artikel erschien zum ersten Mal am 25. 8. 2018 in der WELT.“



Die Autorin: Dr. Kristina Schröder (CDU), von 2009 bis 2013 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, lebt mit ihrer Familie im Rhein-Main-Gebiet.

# / SIND WERTE NOCH zeitgemäß?

In Deutschland sind die gesellschaftlichen Werte auf der Grundlage der freiheitlich demokratischen Grundwerte des Grundgesetzes geprägt. Auf einer weiteren Ebene wiederum sind wir Teil einer Europäischen Wertegemeinschaft. Die europäischen Werte sind auf Unionsebene sogar ausdrücklich vertraglich (Artikel 2 des EU-Vertrages)\* verankert. Hinzu kommen theologische, philosophische und kulturelle Wertansätze. Zeitgemäße Interpretationen, neue Herausforderungen und Einsichten haben immer wieder zu leidenschaftlichen Debatten darüber geführt, wie Werte zu verstehen sind und was sie für die konkrete Politik und gesellschaftliches Miteinander bedeuten. Werte bündeln Erfahrungen. Sie sind Ausdruck von Überzeugungen, Erkenntnissen und Erlebnissen. Werte speisen sich also aus der Vergangenheit. Zugleich müssen sie immer auch eine Perspektive für die Zukunft entfalten, um Orientierung und Maßstab für innovatives Handeln zu sein.

Beschäftigt man sich mit den Werten in einer Gesellschaft, wird dieses Thema oft durch Beschreibung einer WerteGEMEINSCHAFT geprägt. Die in einer Gesellschaft vorherrschenden Werte beruhen jedoch auf der Vielfältigkeit ihrer Wurzeln. Für eine pluralistische Wertegesellschaft ist es kennzeichnend, dass sich über bestimmte Grundfragen der Lebensführung eine Konsenserzielung nur sehr schwer oder gar nicht erreichen lässt. Den verschiedenen Lebensweisen und Glaubensüberzeugungen liegen oftmals Werte zugrunde, die miteinander unvereinbar zu sein scheinen. Es stellt sich somit die Frage, ob die Vorstellung der Existenz vorherrschender Werte in einer Gesellschaft, also einer WerteGEMEINSCHAFT, überhaupt noch zeitgemäß ist?

Die Antwort muss ein ganz klares JA sein. In Zeiten der Krise und des Wandels ist es umso wichtiger, gemeinsame Werte in den Blick zu nehmen und Politik an ihnen auszurichten.

Aus welchen Werten besteht nun aber eine demokratische Werteordnung? Einerseits braucht sie sicher keinen für alle verbindlichen und alle Fragen des „guten“ Lebens umfassenden Wertehorizont. Andererseits ist sie als formales System der Konfliktregulierung auf bestimmte, ihr förderliche Wertehaltungen angewiesen. Der Demokratie nach unserer Verfassung liegen vorrangig institutionelle Strukturen sowie Verfahren der Willensbildung und Konfliktregulierung zugrunde. Diese funktionieren jedoch nur, wenn sie in eine politische Kultur eingebettet sind. Welche Werte sind es also, die als Grundwerte

**Unsere Gesellschaft differenziert sich immer weiter aus. Die Menschen richten ihr Leben zunehmend nicht mehr nach tradierten kollektiven Lebensweisen ein. Kann es vor diesem Hintergrund noch ein gemeinsames verbindliches Wertegerüst geben, oder entwickelt jeder für sich oder innerhalb seiner Gruppe eigene Wertvorstellungen?**

bezeichnet werden können? Als Grundlage hierfür dient die Werteordnung unserer Verfassung: individuelle Freiheit, innere Sicherheit, rechtliche Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, Menschenwürde und Demokratie. Der Schutz der Privatsphäre, Ehe und Familie, religiöse und weltanschauliche Überzeugungsfreiheit, wirtschaftliche Handlungsfreiheit, Kommunikationsfreiheit, Pluralismus, politische Partizipation sowie Bürgerpflichten und Bürgerverantwortung sind weitere Verfassungswerte, welche die Lebenswelt, die Gesellschaft und die Politik nachhaltig prägen.

Dieser Wertekanon ist zwar in zahlreichen Rechtsnormen verankert, unterliegt in seiner individuellen Ausprägung jedoch dem Wandel. Gesellschaftliche Entwicklungen werden maßgeblich durch Gesetzgebung und Rechtsprechung, beispielsweise durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, geprägt und umgekehrt. Entwicklung und Wandel werden – je nach Perspektive – als Wertezerrfall oder eine Bereicherung des politischen und gesellschaftlichen Lebens empfunden. Die Emanzipation des Individuums brachte diverse Neuerungen im gesellschaftlichen Verhalten mit sich. So besteht ein weitverbreitetes Bedürfnis, sich als autonome Person zu verwirklichen. Außerdem werden

\* „Die Werte, auf die sich die Europäische Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

öffentliche Entscheidungen gerne und immer öfter auf der Grundlage persönlicher Nutzwertgesichtspunkte beurteilt. Die Bereitschaft zu einer moralisch oder traditionell begründeten Befolgung von Normen der Leistungserbringung nimmt ab, wohingegen das kritische Engagement gegenüber bürokratischen Vorschriften, Regeln und Normen eher zunimmt. Auch eine klassische Rollenanforderung hinzunehmen wird abgelehnt. Entscheidende Veränderungen im Werteverhalten unserer Gesellschaft sind jüngst jedoch besonders durch zwei Faktoren besonders zu beobachten:

## Digitalisierung und Zuwanderung

Technologischer Wandel geht immer mit einem gesellschaftlichen einher. Der Wertewandel jedoch, den wir heute erleben, ist anders als je zuvor – denn er wird maßgeblich von der Digitalisierung beeinflusst. Die digitalen Medien erlauben eine noch nie da gewesene Meinungsvielfalt und punktuelle Vernetzung, welche gleichzeitig die Gefahr sogenannter Filterblasen mit sich bringt. Zudem ändert sich durch die Digitalisierung Schritt für Schritt das gesamte gesellschaftliche Leben, sowohl im privaten als auch beruflichen, wirtschaftlichen und politischen Bereich. Wir konsumieren, wir kommunizieren und wir informieren uns auf nie da gewesene Art und Weise. Zunehmende automatische Abläufe erhöhen die Effizienz auf allen Ebenen enorm, nehmen aber auch ein gewisses Maß an Eigenverantwortlichkeit und Bestimmbarkeit. Die historisch bedingte Weiterentwicklung der Werte durch die unterschiedlichsten äußeren Umstände, wie zum Beispiel Kriege, Industrialisierung oder die Globalisierung, hat sich nie in einer solchen Schnelligkeit vollzogen. Bei all den Chancen, die die Digitalisierung bietet, bringt dieser Fortschritt gleichfalls vielfältige Herausforderungen mit sich.

Die Rechtsetzung hinkt in der Regulierung hinterher. Ebenso lernt auch die Politik erst mit der Schnelligkeit des Informationsflusses umzugehen sowie die Arbeitswelt die Errungenschaften nach und nach für sich zu nutzen. All diese veränderten Umstände werden geprägt durch Wertvorstellungen und prägen diese gleichermaßen. Wie weit möchten wir Abläufe des täglichen Lebens automatisieren/ fernsteuern? Welche Leistungen können von Maschinen und Algorithmen übernommen werden? Muss jede Information immer und überall zugänglich sein? In welchem Maß sind wir zur Weitergabe unserer Daten im Austausch bereit?

Die verstärkte und zukünftig zu erwartende Zuwanderung hat ebenfalls bereits sichtbare Auswirkungen auf die Werte in unserer Gesellschaft. Doch sind diese keinesfalls konvergent geprägt und somit (noch) nicht als gemeinschaftlicher Wandel zu betrachten. Die Gesellschaft insgesamt ist offener geworden. Toleranzverhalten und der Respekt vor der persönlichen Individualität des anderen sind ebenso gewachsen wie das Ausmaß an kritisch-rationaler Kommunikation. Noch immer gibt es in der Bevölkerung ein starkes Potenzial an sozialer Hilfsbereitschaft, wie zum Beispiel das ehrenamtliche Engagement. Dieses ist gerade im Kontext der Zuwanderung sehr ausgeprägt. Auf der anderen Seite wird durch die Besinnung auf tiefverwurzelte konservative deutsche Werte ein wichtiger Gegenpol gebildet.

Hinsichtlich beider Entwicklungen, sowohl der Digitalisierung als auch der Zuwanderung, herrscht eine nicht unbedeutende Verunsicherung bei vielen Menschen. Diese Verunsicherung führt leicht zu Ängsten als vollkommen natürliche Quintessenz von Unbekanntem. Wohlstand, Arbeitsplatz und Gesundheit sind Grundbedürfnisse eines jeden Menschen. In Zeiten von digitaler Überforderung, der Angst, durch Roboter ersetzt zu werden, oder vor unbekanntem Kulturen, bedarf es der Reflexion, Gewöhnung und Information, um Vertrauen zu schaffen und Werte zu etablieren.

Im Ergebnis ist ein Wertezerrfall nicht zu beobachten. Es ist der Lauf der Dinge – alles ist einem ständigen Wandel unterworfen. So auch die Werte einer demokratischen Gesellschaft, die nämlich genau dies widerspiegeln. Keine starren Vorgaben eines autoritären Regimes, sondern eine Vielzahl unterschiedlichster Meinungen, Weltanschauungen und Ansichten, die verständlicherweise auch immer wieder aufeinanderprallen. Die Grundwerte der Demokratie stellen sicher, dass sich in ihrem Rahmen auch andere Lebensformen und Wertkonzeptionen entfalten können. Eine Demokratie setzt weder eine starre kollektive Identität noch das Bekenntnis zu einer Religion voraus. Sie gibt jedoch einen verlässlichen Halt und kulturelle Identität, während die Akteure sich mit veränderten Begebenheiten auseinandersetzen, reflektieren und durchaus den Freiraum in Anspruch nehmen können, auszuprobieren, was sich bewährt, was richtungweisend ist und wo konservative Werte als stabile Grundlage dienen. ■

“ Der Wertewandel ... wird maßgeblich von der Digitalisierung beeinflusst “

Die Autorin: **Kea-Sophie Stieber** ist Volljuristin und seit 2015 Referentin für Recht, Verfassung und Datenschutz der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in München. Zuvor war sie als Anwältin im Marken-, Urheber- und Datenschutzrecht tätig.





# HERAUSFORDERUNGEN AUF allen Ebenen

**Im Jahr 2018 steht die EU vor enormen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen. Große Teile des Nahen Ostens und Nordafrikas sind in ethnoreligiöse Konflikte und Stellvertreterkriege verwickelt, Terroristengruppen breiten sich in der Region und nach Europa aus. Derweil verletzt ein aggressiv agierendes Russland die Souveränität seiner Nachbarstaaten und fordert damit offensiv die europäische Sicherheitsordnung heraus. Gleichzeitig sind die transatlantischen Beziehungen durch Trumps protektionistische „America First“-Politik auf unabsehbare Zeit geschwächt. Dies schwächt dramatisch die global-strategische Allianz der westlichen Demokratien in Sicherheit und Wirtschaft.**

In Zeiten solch massiver Konflikte und Unsicherheiten ist es einmal mehr wichtig, sich auf die gemeinsamen Interessen und Werte der EU zu besinnen. Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1952 durch Konrad Adenauer und Robert Schuman wurde der Grundstein für die Europäische Integration gelegt. Die EU vereint hierbei die gemeinsamen Interessen und Werte ihrer Mitgliedsstaaten: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit, wirtschaftlicher Erfolg sowie den Schutz der Menschenrechte. Darüber stellen die Mitgliedsstaaten der EU eine Solidargemeinschaft dar. Dies zeigt sich insbesondere in Zeiten von Krisen. Während der Wirtschaftskrise im Jahr 2007/2008 hat die EU derart solidarisch gehandelt, dass kein einziger Nationalstaat zahlungsunfähig wurde, und hat so eine wesentliche Voraussetzung auch für unseren wirtschaftlichen Erfolg geschaffen.

In Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die EU aktuell mit neuen Bedrohungen wie Terrorismus, Klimawandel und Energiesicherheit konfrontiert. Eine gemeinsame europäische Politik ist zwingend geboten; kein Staat kann die Probleme allein lösen, mit denen wir uns heute konfrontiert sehen. Umfragen zeigen seit Jahren hohe Zustimmungsraten. So unterstützen laut einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage 75 Prozent der Europäer eine Gemeinsame

Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Durch eine verstärkte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene können enorme Synergieeffekte erzeugt werden, etwa durch die Zusammenlegung und gemeinsame Nutzung militärischer Fähigkeiten sowie bei der Entwicklung und Beschaffung von Ausrüstung. Die Kooperation der Mitgliedsstaaten könnte nach Angaben der Kommission jährlich bis zu 100 Mrd. Euro von den jährlichen, für die Verteidigung ausgegebenen 230 Mrd. Euro einsparen. Auch der Bereich der EU-Entwicklungspolitik muss stärker als strategisches Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik behandelt werden, und die EU muss eine neue Afrikapolitik entwickeln. Prognosen zufolge wird sich die afrikanische Bevölkerung in den nächsten 25 Jahren verdoppeln – eine Neuausrichtung der Afrikapolitik muss darauf abzielen, den Menschen vor Ort neue Perspektiven zu geben. Dies kann nicht durch klassische Entwicklungspolitik geschehen. Die EU muss eine andere Handelspolitik fahren, Sicherheit vor Ort herstellen und die Menschen vor der Ausbreitung des Terrorismus bewahren. Dies ist die Schlüsselbedingung für die Eindämmung irregulärer Migration. Denn wie bereits Richard von Weizsäcker feststellte:



„Jede Mark, die wir in den Heimatländern der Flüchtlinge ausgeben, hat einen höheren Wert als das, was wir aufwenden müssen, wenn sie bei uns sind.“<sup>8</sup> Es gilt daher, die Push-Faktoren der Migration zu bekämpfen und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Dazu gehören die Unterstützung einer wirklich unabhängigen, vielfältigen, pluralistischen und lebendigen Zivilgesellschaft, insbesondere die Festigung von Demokratie sowie eine funktionierende Gewaltenteilung in den Ursprungsländern. Zudem sollte die EU mit Hilfe von Diplomatie und wirtschaftlicher Instrumente positiv auf Konflikte, insbesondere in Afrika und im Nahen Osten, einwirken. Die Verbesserung der wirtschaftlichen sowie der Bildungssituation und die gemeinsame Zielsetzung der Bekämpfung des Klimawandels gehören ebenso als wichtige Faktoren zur europäischen Afrikapolitik und somit zur Fluchtursachenbekämpfung. Ziel muss es sein, die Menschen nicht mehr im Mittelmeer zu retten, sondern vielmehr zu verhindern, dass sie in Schiffe einsteigen, um ein besseres Leben in Europa zu suchen. Ein erster wichtiger Schritt wurde bereits mit Hilfe des EU-Türkei-Abkommens getan. Im Rahmen des im März 2016 geschlossenen Abkommens hat die Türkei bisher rund 3,5 Mio. Flüchtlinge aufgenommen. Wichtig hierbei ist, dass die EU damit direkt, nicht über den türkischen Staat, dafür sorgt, dass die Flüchtlinge vor Ort anständig versorgt werden und die Türkei wie seit 2016 die Menschenhändler stoppt. Heute kommen pro Monat schon ca. 90% weniger Flüchtlinge nach Europa als 2015 – wegen Europas langsam greifender Politik. Auch im Zusammenspiel mit anderen Großmächten, wie den USA, China und Russland, muss die EU eine starke, gemeinsame Linie finden. Insbesondere seit der protektionistischen „America First“-Politik unter Donald Trump ist dies von enormer Bedeutung, um die transatlantischen Beziehungen aufrechtzuerhalten. Denn die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA sind die am besten integrierten weltweit. Die EU und die USA haben zudem die größten Handels- und Investmentbeziehungen.



**Der Autor: Elmar Brok (CDU) MdEP, Jg. 1946, war von 1999 bis 2007 und erneut von 2012 bis 2017 Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, dem er seit 1980 ununterbrochen angehört.**

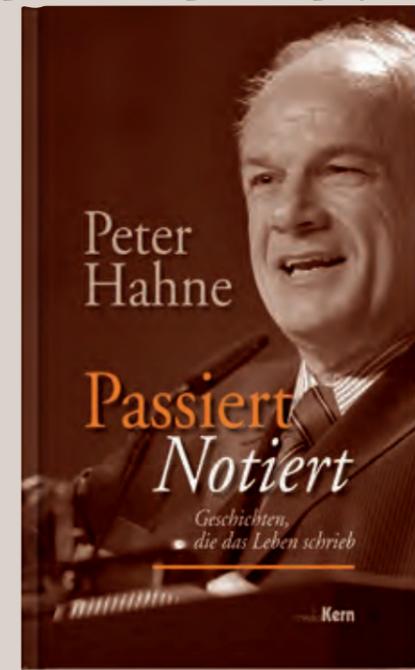
Allein im Jahr 2017 hat die EU Waren im Wert von 375,8 Mrd. Euro in die Vereinigten Staaten exportiert. In Bezug auf die EU-Russland-Beziehungen steht die EU zudem vor der Herausforderung, die Verletzung des Völkerrechts auf der Krim und in der Ostukraine beantworten zu müssen wie auch die neuen russischen Mittelstreckenraketen. Die bisherigen Sanktionen werden nur dann abgebaut, wenn das Minsker Abkommen von allen Seiten eingehalten wird. Es muss friedliche Prozesse geben, die zu ökonomischer Zusammenarbeit führen. Dies liegt im beiderseitigen Interesse der EU und Russlands. Zudem ist es gut und wichtig, dass die EU russisches Gas abnimmt, allerdings darf im Gassektor keine einseitige Abhängigkeit, etwa durch Projekte wie Nordstream 2, entstehen. Deutschland und Europa müssen gemeinsam mit Russland die für beide Seiten schädlichen Spannungen überwinden.

Die EU ist die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt, der größte Geber von humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe sowie Vorreiter im Umgang mit globalen Herausforderungen wie Klimawandel und Menschenrechten. Auf dieser Erfolgsgeschichte müssen wir aufbauen, wenn Europa seine Stellung in der Welt stärken will. Um dies zu tun, müssen insbesondere die Handelsbeziehungen mit den USA erhalten bleiben. Bereits jetzt füllt die Handelspolitik der EU das Volumen aus, welches durch die neue amerikanische Handelspolitik entstanden ist. Dies zeigt sich in bi- sowie multilateralen Abkommen mit lateinamerikanischen sowie asiatischen Staaten, insbesondere mit Japan. Vor dem Hintergrund der Übernahmegefahr europäischer Unternehmen aus China ist es wichtig, dass sich die EU nicht wirtschaftlich zerstückeln lässt. Die breite europäische Handelspolitik und der damit verbundene Multilateralismus spielen eine zentrale Rolle in der Verhinderung solcher Übernahmen und dem Erhalt der europäischen Vorreiterstellung, um Sicherheit und Wohlstand zu gewährleisten.

<sup>8</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/zitate-von-richard-von-weizsaecker-der-mai-war-ein-tag-der-befreiung-1.2328333>

# Neuer Hahne

persönlich – privat – profiliert



Nr. 5.121.010 | 144 Seiten € 9,95

## SPANNEND

*Der Blick hinter die Kulissen*

*Bewegende Begegnungen*

*Erfahrungen und Erlebnisse*

*Erhellendes und Enthüllendes*



Telemedizinische Methoden finden einen zunehmend breiteren Einsatz in der Patientenversorgung. Das Spektrum umfasst mittlerweile nahezu alle medizinischen Fachgebiete, doch können insbesondere Menschen mit Herzerkrankungen davon profitieren.

Gesundheitswesen

## / „TELEMEDIZIN BEI *Herz* PATIENTEN“

Als der Erfinder Alexander Graham Bell im März 1876 bei der Beschäftigung mit seinem Patentobjekt „Telefonapparat“ unbeabsichtigt Säure über den Anzug schüttete, rief er mit Hilfe dieser Apparatur seinen im Nebenzimmer anwesenden Kollegen Thomas A. Watson zur Hilfe. Auch wenn die Entfernung bei diesem ersten medizinischen Not- bzw. Fernruf nur wenige Meter betrug, kann dies als eigentliche Geburtsstunde der Telemedizin betrachtet

werden. Seither haben sich die Kommunikationsmittel ungebremst weiterentwickelt. Der Trend in Richtung Ausbau telemedizinischer Anwendungen ist daher nicht mehr aufzuhalten. Von einem stärkeren Einsatz telemedizinischer Anwendungen würden hierzulande insbesondere Personen mit Herzbeschwerden profitieren. Etwa 1,8 Mio. Deutsche leiden an einer chronischen Herzinsuffizienz. Rund 300.000 Neuerkrankungen kommen jährlich hinzu. In den vergangenen

zehn Jahren bildete diese Krankheit sogar die häufigste Ursache für stationäre Aufnahmen. Dies wirft natürlich die Frage auf, inwiefern Telemedizin ganz konkret bei Herzpatienten wirksam angewandt werden kann.

Hierzu liefert eine umfangreiche Studie der Charité Berlin überzeugende Antworten. Die Forscher kamen zu dem Ergebnis, dass die telemedizinische Mitbetreuung von Patienten

mit Herzschwäche zu weniger Krankenhausaufenthalten und zu einer längeren Lebensdauer führt. Mehr als 1.500 Patienten mit chronischer Herzinsuffizienz nahmen an der fünfjährigen Studie, die wir als Bundesministerium für Bildung und Forschung mit 10,2 Mio. Euro gefördert haben, teil. Sie zählt weltweit zu den größten Studien zum Thema Telemedizin. Die telemedizinisch betreuten Patienten erhielten insgesamt vier Messgeräte: ein Elektrokardiogramm mit Fingerclip zur Messung der Sauerstoffsättigung, ein Blutdruckmessgerät, eine Waage und ein Tablet zur Selbsteinschätzung des Gesundheitszustands. Die Geräte wurden so entwickelt, dass es für ältere Menschen kein Problem darstellt, diese nach einer kurzen Einführung zu bedienen. Über das Tablet wurden die Daten automatisch übertragen und von Ärzten und Pflegekräften durchgehend bewertet. Bei Verschlechterung der Werte veränderten diese beispielsweise die Medikation, gaben Empfehlungen für einen ambulanten Arztbesuch oder eine Krankenhauseinweisung. Hervorheben möchte ich,

dass die positiven Effekte der Telemedizin in ländlichen wie auch in städtischen Gebieten beobachtet werden konnten. Dies sind zweifelsfrei gute Nachrichten für Patienten in Regionen mit ärztlicher Unterversorgung. Denn obwohl die Zahl der Ärzte weiterhin ansteigt, lässt sich in strukturschwachen Regionen beobachten, dass es für Ärzte eine besondere Herausforderung darstellt, einen Nachfolger für ihre Praxis zu finden. Hier besteht Verbesserungsbedarf, insbesondere mit Blick auf die Infrastruktur und die Arbeitsbedingungen auf dem Land. Ärzte müssen dort einerseits im Vergleich zu ihren Kollegen in der Stadt oft mehr Patienten betreuen und andererseits lange Anfahrtswege bei Hausbesuchen auf sich nehmen. Durch den Einsatz von Telemedizin lassen sich regionale Versorgungsunterschiede ausgleichen, da hochkompetente medizinische Versorgung auf dem neuesten wissenschaftlichen Stand auch aus der Ferne unterstützt werden kann. Damit stärken wir auch die Position der Landärzte. Seit Alexander Graham Bell vor rund 150 Jahren

Der Autor: **Thomas Rachel** MdB ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung und Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU.



erstmalig telemedizinische Hilfe in Anspruch nahm, hat sich das Spektrum telemedizinischer Möglichkeiten beachtlich erweitert. Die positiven Auswirkungen eines umfassenden Einsatzes telemedizinischer Instrumente sind durch die Forschungsergebnisse der Charité nun auch wissenschaftlich belegt. Angesichts dieser Erkenntnisse wäre es nur folgerichtig, diese innovativen Behandlungsmethoden auch in die Regelversorgung aufzunehmen. Dies wäre nicht nur für Herzpatienten ein Gewinn, sondern auch für Beratungen und Behandlungen in anderen medizinischen Bereichen.

Gesundheit

## / ALTER IST *keine* KRANKHEIT

**Wir werden alle immer älter. Dabei möchten wir möglichst lange gesund bleiben und unsere Vitalität, Selbstständigkeit und Lebensfreude behalten. Alter an sich ist keine Krankheit und die Freude an den schönen Dingen des Lebens bleibt erhalten.**

### Was jeder Einzelne tun kann, um gesund zu altern

Vieles ist uns schon lange bekannt: sich gesund ernähren und ausreichend bewegen, nicht rauchen, Alkohol nur in Maßen. Für die meisten klingt allein das schon nach Verzicht und Anstrengung. Manch einer mag denken, dass er dann vielleicht länger lebt, aber mit weniger Lebensqualität und Lebensfreude. Und dann ist da auch noch der innere Schweinehund, der gerne mit auf der Couch sitzt. Es geht aber auch anders. Alles, was ich für meine Gesundheit mache, darf und soll Freude bringen, denn sonst werde ich es entweder

nicht dauerhaft umsetzen oder verliere an Lebensqualität. Wenn wir das Essen frisch und mit Liebe zubereiten, es mit Genuss und idealerweise in Gesellschaft verspeisen, haben wir schon eine Menge für unsere Gesundheit getan. Beim Thema Bewegung ist es wichtig, für sich selbst Bewegungsformen zu entdecken, die einem Freude machen. Dazu gehören Alltagsbewegungen wie etwa Treppensteigen, zügiges Spaziergehen, Gartenarbeit, Schwimmen oder Tanzen.

Mindestens ebenso wichtig wie Ernährung und Bewegung ist es, dass wir auch im Alter das

Gefühl haben, gebraucht zu werden, dazugehören und sinnvolle Aufgaben zu haben. Wir wissen heute, dass fehlende gute soziale Beziehungen ein größeres Gesundheitsrisiko sind als 16 Zigaretten am Tag. Für Männer ist es dabei bereits gesundheitsförderlich, in einer Beziehung zu leben, für Frauen ist es darüber hinaus wichtig, dass sie in einer guten Beziehung leben.

Ein neues Instrument zu erlernen, zu singen, zu tanzen, sich mit kleinen Kindern zu beschäftigen sind ausgesprochen wirksame Möglichkeiten, einer Demenz vorzubeugen, und wesentlich effektiver, als Kreuzworträtsel zu lösen oder Sudoku. Zusätzlich ermöglichen sie es, soziale Kontakte zu erhalten oder neue zu knüpfen. Eine positive Grundhaltung und interessiert zu bleiben, sich auch für andere zu engagieren, sind mindestens ebenso wichtig für den Erhalt von Gesundheit und Lebensqualität wie vernünftige Ernährung und Bewegung.

### Mit Erkrankungen und Einschränkungen kompetent umgehen können

Mit zunehmendem Alter nehmen Einschränkungen und chronische Erkrankungen zu. Wenn wir lernen, mit diesen Einschränkungen und Erkrankungen kompetent umzugehen, uns also nicht ohnmächtig der Erkrankung ausgeliefert fühlen, dann können wir unsere Lebensqualität und Lebensfreude erhalten.

### Welche Maßnahmen müssen politisch ergriffen werden

Prävention und Gesundheitsförderung im Alter sind eine Herausforderung für das Gesundheits- und Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland. Die demographische Alterung unserer Gesellschaft wird sich ab 2025 beschleunigen und bis 2040 auf über 30 % zunehmen. Dafür brauchen wir Handlungskonzepte, die das Alter als Chance und nicht nur als Bedrohung wahrnehmen. Mit zunehmendem Alter steigt das individuelle Krankheitsrisiko. Wir müssen

mit chronischen Leiden leben lernen und die Morbidität im Alter verringern. Prävention und Gesundheitsförderung sind die Mittel, mit denen wir ein sinnvolles wie freudvolles Leben im Alter sichern können.

### Autonomie möglichst lange erhalten

Wir brauchen eine Politik, die alte Menschen beteiligt und in politische Entscheidungsprozesse einbezieht. Wir werden nicht kränker, wenn unsere Lebenserwartung zunimmt. Die im Alter gehäuft auftretenden Krankheiten verschieben sich in der Lebensspanne nur nach hinten. Eine konsequente Gesundheitsförderung im Alter und der Erhalt der Selbstständigkeit helfen, die Kosten im Griff zu haben. Ziel ist es, die Autonomie des Einzelnen möglichst lange zu erhalten.

### Pflege flexibel und bedürfnisorientiert gestalten

Unter der gegenwärtigen Form von Pflege leiden Pflegekräfte und pflegebedürftige Menschen

gleichermaßen. Pflegekräfte brauchen Strukturen, die es ermöglichen, die Menschen als Subjekte mit unterschiedlichen Bedürfnissen und nicht als zu pflegende Objekte betrachten zu können. Dazu benötigen Pflegekräfte in erster Linie mehr Anerkennung in unserer Gesellschaft und mehr Autonomie in ihrer Arbeitsgestaltung. Eine faire Bezahlung muss selbstverständlich sein.

### Best practice (Erfolgsrezepte)

Vielorts entstehen neue Formen der Pflege und des Lebens im Alter: Wohnpflege-Gemeinschaften, Senioren-WGs, Generationen-Wohnen oder Zentren für kommunale Lebensqualität. Ein Beispiel, wie Pflege besser gelingen kann, zeigt Jos de Blok mit seinem 2006 in den Niederlanden gegründeten „Buurtzorg“-Modell (beschrieben im Buch „Reinventing Organizations“ von Frederic Laloux). Hier wird die Aufgabe von Pflegekräften nicht primär darin gesehen, Spritzen zu geben oder Kompressionsstrümpfe zu wechseln, sondern darin, die Patienten dabei zu unterstützen, ein Leben zu führen, das so unabhängig und lebensfroh wie möglich ist. Damit begeistert er nicht nur die Pflegebedürftigen, sondern auch die Pflegekräfte und bringt obendrein dem holländischen Sozialversicherungssystem jährlich gewaltige Einsparungen.



Die Autorin: **Dorothee Remmler-Bellen** ist Präventologin, Dozentin und Lehrbeauftragte an der Praxishochschule Köln, Vorstand im Berufsverband der Präventologen e.V., Vorstand im Dachverband Freie Gesundheitsberufe e.V. und nicht zuletzt Tochter einer überaus vitalen, geistig aktiven 101-jährigen Mutter.

Thüringen

## GROSSE EHRE FÜR ROLF BEREND



Auf dem Landesparteitag der Thüringer CDU im Oktober in Leinefelde wurde dem Landesvorsitzenden der dortigen Senioren-Union und Mitglied im SU-Bundesvorstand, Rolf Berend (75), eine besondere Ehre zuteil. Aus den Händen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und CDU-Landeschef Mike Mohring erhielt er die Konrad-Adenauer-Medaille der Senioren-Union. Mit dieser Auszeichnung würdigt die Senioren-Union Frauen und Männer für herausragendes bürgerliches oder ehrenamtliches Engagement. Berend hat in seiner fast 20-jährigen Abgeordnetentätigkeit nachhaltige Spuren im Europäischen Parlament hinterlassen, wo er nicht nur wichtige Ämter innehatte, sondern als „Stimme Europas“ den Thüringern in guter Erinnerung ist. „Dass sein Engagement nun der älteren Generation gehört und er der Landesvorsitzende der Thüringer Senioren-Union ist, des mit Abstand mitgliederstärksten Landesverbandes der Neuen Bundesländer, sowie Mitglied des Bundesvorstandes und deutscher Vertreter im Exekutivkomitee der Europäischen Senioren Union (ESU), erfüllt uns mit Stolz und Dankbarkeit“, so Mohring. Im Eichsfelder Kreistag setzte sich Berend später vor allem für die Mobilität von Senioren ein. Daheim in Gernrode betätigt sich Berend in seiner Freizeit als Chorleiter und als Präsident des örtlichen Karnevalsvereins. „Ich freue mich sehr über diese Auszeichnung“, so Rolf Berend, „die mich in dieser Übergabeform völlig überrascht hat. Die Konrad-Adenauer-Medaille wird mich in meiner politischen Tätigkeit bestärken und Ansporn sein für die Zukunft, soweit ich weiterhin gesundheitlichen Kredit von oben bekomme.“



Die langjährige Vorsitzende der Hamburger Senioren-Union, Hermine Hecker (M.), erhielt kürzlich für ihr vielfältiges politisches, gesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement die Konrad Adenauer-Medaille – die höchste Auszeichnung der Vereinigung. Sie nahm diese Auszeichnung aus den Händen ihrer Amtsnachfolgerin Dr. Herlind Gundelach und des SU-Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff entgegen.



Landesverbände

## SENIORENPOLITISCHE KONTINUITÄT

Seit der Sommerpause wurde in mehreren Landesvereinigungen der Senioren-Union ein neuer Landesvorstand bzw. Landesvorsitzender gewählt. So wird der mittlere Westen – das Saarland – seit dem 31. August von Manfred Maurer angeführt. Fünf weitere Landesvereinigungen setzten auf Kontinuität. Ingo Hansen (Brandenburg, 7.7.2018), Rainer Hajek (Niedersachsen, 18.8.), Heidi Exner (Oldenburg, 31.8.) und Professor Wolfgang Merbach (Sachsen-Anhalt, 18.9.) wurden ebenso zu Landesvorsitzenden wiedergewählt wie Dr. Herlind Gundelach (Hamburg, 12.10.), die zuvor das Amt kommissarisch von Hermine Hecker übernommen hatte. Wir gratulieren allen Gewählten und wünschen viel Erfolg für die anstehende politische Arbeit!

Geschichte der Senioren-Union

## DIE „NEUEN ALTEN“ DER CDU

Im April dieses Jahres feierte die Senioren-Union mit einem Festakt ihr 30-jähriges Bestehen (siehe auch Souverän 2-2018). Eine spannende, äußerst lesenswerte historische Aufarbeitung dieser drei Jahrzehnte leistet nun die von Dr. Jan Philipp Wölbern von der Konrad Adenauer-Stiftung erarbeitete und soeben erschienene Dokumentation: Die „neuen Alten“ der CDU. Der Autor nimmt den Leser mit auf eine Reise von der Gründungsgeschichte bis zum heutigen Tag. Gespickt mit interessanten Hintergrundinformationen, verfolgt er beispielsweise den Weg der CDU zu einer intensivierten Seniorenarbeit, die schließlich zur Gründung der Bundesvereinigung der Senioren-Union führte. Die Ereignisse der Wendezeit im Jahre 1990 fehlen ebensowenig wie die Gründung der Europäischen Senioren-Union und Zahlen, Daten, Fakten zu Programm, Mitgliederentwicklung und den Menschen auf der Kommandobrücke der Senioren-Union, sprich Bundesvorsitzende und Bundesgeschäftsführer. Alles in allem eine aufschlussreiche und informative Lektüre für alle, die sich nicht nur für die politische Tagesnachricht interessieren.

Ein begrenztes Kontingent an Exemplaren (ISBN 978-3-95721-490-4) kann angefordert werden bei der Bibliothek der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., z. Hd. Frau Edwina Kinderknecht, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin, Tel.: 0 22 41 / 246-2674, Fax: 0 22 41 / 246-5-2674, E-Mail: edwina.kinderknecht@kas.de



## Landtagswahl Hessen SU-VORSITZENDER IM DAUEREINSATZ

Am 28. Oktober wählten die Hessen ihren neuen Landtag. Das Ergebnis ist bekannt: Große Verluste für die beiden GroKo-Parteien. An der Senioren-Union indes kann es nicht gelegen haben. Zum einen holte die CDU auch in Hessen ihren höchsten Stimmenanteil wie gewohnt bei den Senioren und Seniorinnen, zum anderen hatte sich der Bundesvorsitzende, Prof. Dr. Otto Wulff, im Vorfeld wie immer mit großem Engagement in die Schlacht um den Wähler begeben. So sprach er beispielsweise vor vollem Haus auf einer Wahlkampfveranstaltung in Butzbach, prominent flankiert von CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer und Norbert Kartmann, seines Zeichens Präsident des hessischen Landtags und Landesvorsitzender der Senioren-Union in Hessen. Auch in Limburg überzeugte er mit seiner couragierten, unverblühten Sprache die zahlreich zum Tag der Senioren-Union nach Limburg gekommenen Zuhörer. Im schönen Limburg traten gemeinsam mit Wulff auch Ministerpräsident Volker Bouffier und Landtagspräsident Kartmann ans Mikrofon.



Volles Haus in Limburg beim Auftritt von Hessens Ministerpräsident Bouffier und SU-Chef Wulff.



Großes Interesse am Wahlkampf der CDU im hessischen Butzbach. Neben Annegret Kramp-Karrenbauer und Norbert Kartmann beeindruckte Prof. Dr. Otto Wulff die Zuhörer.

## Leserbriefe

### Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns. Bitte schreiben Sie uns: **Senioren-Union der CDU Deutschlands, Leserbriefe, Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin.** Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

### Welt im Chaos?

Zur Souverän 3-2018

Es ist für mich verantwortungslos, dass in der jetzigen Nummer von „Souverän“ das Thema „Klimakatastrophe“ nicht aufgegriffen wird. Dabei hat der UN-Generalsekretär Guterres vor den katastrophalen Folgen des Klimawandels gewarnt und betont, die Welt nähere sich dem Abgrund und sei existenziell bedroht. So steht es im Evangelischen Gemeindeblatt von Württemberg. **Gustav Bächler per E-Mail**

Anm. der Red.: Das Thema Klima und Klimaschutz gehört sicherlich auch zu den aktuellen Problemen auf diesem Globus. Es sind leider so viele, dass sie nicht alle in ein Heft passen. Dem Thema Klima werden wir aber sicherlich in einer der nächsten Ausgaben erneut unsere Aufmerksamkeit widmen.

Dieses Heft war das beste, das wir bisher gelesen haben. Weiter so, Souverän!!!!!!! **Ingrid & Karl Heinz Kuhlmann per E-Mail**

### Rentenkommission muss auch heiße Eisen anpacken/Länder im Rentencheck Zur Souverän 2-2018, S. 16 ff.

In der Zeitschrift „Souverän“ der SU Juni 2018 haben Sie einen Artikel über die Rentenpolitik der Zukunft geschrieben. Aus der Übersicht „Einkommen der Bevölkerung ab 65 Jahren, 2015“ sind die eklatanten Differenzen zwischen gesetzlicher Rentenversicherung und der Beamtenversorgung abzulesen. Das ist höchst ungerecht! Und wenn Sie dann auch noch schreiben: ... Beamte leisten einen sehr wichtigen Beitrag zum Gelingen unseres Staatswesens, fehlt einem jegliches Verständnis. Was leisten denn der normale Arbeiter und Angestellte in der Wirtschaft? Durch deren Steuerzahlungen können die Beamten doch nur bezahlt werden. Als Dank dafür liegen die Einkommen dann 56 % unter denen der Beamten. Das ist total ungerecht!!! Da muss etwas passieren. Da muss die CDU liefern. Ich bin Mitglied der SU, muss mich aber fragen, ob das noch Sinn macht und ob es Sinn macht, weiterhin die CDU zu wählen. **Werner Silvanus per E-Mail**

### Mehr Sozialausgaben = weniger Armut? Zur Souverän 3-2018, S. 26

Obwohl das Thema Sozialausgaben immer noch sehr relevant ist, wäre es gut, wenn Ihre Berichte zeitnah gedruckt würden. Frau Nahles ist schon seit der Neubildung der Regierung nicht mehr Bundesministerin, die dieses Ressort zu verantworten hat, sondern Fraktionschefin der SPD-Bundestagsfraktion. **Dieter Fischer, Bad Münder**

Anm. der Red.: Der Leser hat natürlich recht. Die Frage im Interview nahm Bezug auf die Vorstellung des Sozialberichtes 2017, die sie noch als Ministerin vornahm. Wir hätten also dementsprechend präziser formulieren müssen.

## POLEN: DEM „DRITTEN LEBENSALTER“ VERPFLICHTET



Vor Beginn des Forums hatte die ESU-Präsidentin Prof. An Hermans Gelegenheit zu einem Gespräch mit Wladislaw Kosiniak-Kamys, dem Vorsitzenden der oppositionellen Polnischen Volkspartei (PSL), deren Vereinigung (ehemaliger) Parlamentarier Mitglied der Europäischen Senioren Union ist.

In den südostpolnischen, galizischen Städten Nowy Sacz und Bad Krynica begegneten sich Anfang September Hunderte Wissenschaftler, Ökonomen und Politiker aus zahlreichen Ländern beim traditionellen „Ökonomie-Forum“. Bereits zum 10. Mal ist diese Veranstaltung mit dem „Forum des Dritten Lebensalters/ Forum III. Wieku“ verbunden, das sich an die Bürger im fortgeschrittenen Alter wendet. Hier kommen die besonderen Bedürfnisse der älteren Menschen zur Sprache. Ebenso die Möglichkeiten zur sinnvollen Gestaltung ihres Lebensabends. In Polens Großstädten

haben die „Universitäten des III. Lebensalters“ Hochkonjunktur; es sind ähnliche Einrichtungen wie die „Senioren-Universitäten“ in Deutschland. Dass mehr und mehr auch die Älteren aus ländlichen Gebieten am gesellschaftlichen Geschehen teilhaben können, haben sich fünf Verbände und Institutionen auf ihre Fahnen geschrieben. Die Initiative war von Janusz Marszalek, dem Vizepräsidenten der ESU und Präsidenten der Polnischen Senioren Union, ausgegangen. Er hat(te) dabei die BAGSO als Vorbild im Kopf. „Unter einem Hut“ befinden sich bereits: die Senioren Union (PUS); der

## ESU GESTALTETE EVP-KONGRESS MIT

„Vergessen wir nicht die älteren Menschen und die Landbevölkerung! Auch sie sind unsere Wähler!“, sagte Joseph Daul gegen Ende des EVP-Kongresses in Helsinki. Die Delegierten und Gäste aus den Seniorenverbänden hörten es gern – war der EVP-Präsident doch beinahe der Einzige unter den führenden Politikern außerhalb der Europäischen Senioren Union, der dieser Altersgruppe vor dem Plenum seine Aufmerksamkeit schenkte. Vom kurz darauf zum Spitzenkandidaten der EVP für die Europawahlen im Mai und Anwärter auf den Kommissionsvorsitz gewählten Manfred Weber (CSU) wird erwartet, dass er sie als gleichberechtigte Partner akzeptiert und – mehr noch – in die „neue Etappe des Optimismus, nicht der Angst, der Solidarität, nicht des Nationalismus“ als politische Akteure einbezieht. Weber, der auch EVP-Fraktionsvorsitzender im EU-Parlament ist, hatte sich dem ESU-Präsidium am Abend zuvor vorgestellt. ESU-Präsidentin

Prof. Dr. An Hermans (BE) äußerte vor dem Plenum, dass mit dem vereinten Europa ein Traum wahr geworden ist, Schluss sein muss mit der Diskriminierung z.B. wegen des Alters, und alle demokratischen Kräfte zu aktiver Zukunftsgestaltung aufgefordert sind. ESU-Vizepräsidentin Doz. Lidmila Nemcova aus Prag setzte sich in einer Podiumsdiskussion zum Thema „Ein neuer Sozialvertrag für Europa“ in Anwesenheit der EU-Kommissarin Marianne Thyssen (BE) für mehr Beachtung der Christlichen Werte sowie der Probleme Armer und weiterer Benachteiligter ein. Heinz K. Becker, MEP und ESU-Vizepräsident aus Österreich, nahm in einer Podiumsdiskussion im Zusammenwirken mit dem finnischen Seniorenverband „Kansallinen senioriliitto ry“ zum „Digitalen Europa“ das Wort. Er rief alle Organisationen der ESU auf, sich für die Beherrschung der neuen Medien durch Senioren verantwortlich zu fühlen.

Verband der Universitäten des III. Lebensalters, deren Präsidentin Wieslawa Borczyk das Forum leitete; die Kommission für Seniorenpolitik im Parlament (Sejm) unter Vorsitz von Malgorzata Zwiercan; der Gesamtpolnische Verband zur Förderung der Seniorenräte (bei den Kommunen), Vorsitz: Barbara Szafraniec, und der Gesamtpolnische Verband der Rentner und Invaliden unter Dr. Elzbieta Ostrowska.

Das Besondere des diesjährigen Forums war die Teilnahme einer kleinen Delegation der Europäischen Senioren Union mit der Präsidentin em. Prof. Dr. An Hermans, Generalsekretär Guido Dumon (beide Belgien), Vizepräsidentin Doz. Lidmila Nemcova (CZ) und Vizepräsident Janusz Marszalek (PL) an der Spitze. Dr. Renate Heinisch repräsentierte den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und die BAGSO; ihr Vortrag über den Impfschutz stieß auf lebhaftes Interesse. An Hermans stellte in ihrem Referat die Anliegen der ESU dar, Lidmila Nemcova warb in einer Podiumsdiskussion für die politische Erinnerungskultur, der Redakteur dieser Kolumne sprach an selber Stelle über Struktur und Arbeitsweise von Seniorenverbänden in anderen Ländern Europas.



Am 6. November mit Mitgliedern des ESU-Präsidiums. V.l.n.r.: Roland Leek (SE), Dr. Gabriele Peus-Bispinck (DE), Lidmila Nemcova (CZ), Manfred Weber (DE), Elke Garczyk (DE/Bayern), Prof. An Hermans (BE), Anneli Taina (Präsidentin des finnischen Seniorenverbandes), Dr. Christine von Stefanelli (IT/Südtirol), Ann Räämet (EST), Guido Dumon (BE), Antonis Demetriades (CY).

Verantw. für diese Kolumne: Ulrich Winz



Detlev Meyer ist freier IT-Fachjournalist. Sein persönliches Steckenpferd ist die Apple-Welt und dabei besonders das iPad. Denn dieses Gerät bietet seinen Anwendern nahezu unendliche Möglichkeiten – wenn man nur weiß, wie sie sich nutzen lassen. Sein Versprechen: „Moderne Technik ist nicht schwierig. Oft sind es nur unnötig komplizierte oder gänzlich fehlende Anleitungen, die die Geräte schwierig erscheinen lassen. Ich beweise, dass es auch anders geht.“

Stellen Sie sich vor:

- Nicht Sie fragen, wie Sie WhatsApp auch auf dem iPad nutzen können ..., sondern: SIE erklären es Ihrem „technikverrückten“ Enkel!
- Nicht Sie fragen, wie Sie Bücher, Musik und Filme über Ihr iPad kostenlos beziehen können ..., sondern: SIE erklären es einem guten Freund!
- Nicht Sie fragen, was Sie tun können, wenn Ihr iPad plötzlich keine Verbindung zum Internet mehr hat ..., sondern: SIE erklären es Ihrem Nachbarn!
- Nicht Sie fragen, wie Sie den „Tatort“ jederzeit auf Ihrem iPad sehen können ..., sondern: SIE erklären es einer Bekannten!

„Klar, das hört sich gut an“, denken Sie vielleicht ... „Doch wie soll das gehen? Bei diesen Themen kenne ich mich nicht aus. Bislang muss ICH immer fragen ...“

Und machen wir uns nichts vor: Beim ersten Fragen nimmt man sich noch hilfsbereit Zeit für Sie. Beim zweiten Mal kommt schon: „Ach, das ist doch ganz einfach, das müsstest du doch wissen ...“ Und spätestens beim dritten Mal denkt der andere: „Das habe ich doch letzte Woche schon mal erklärt ...“. Da traut man sich kaum mehr, überhaupt noch zu fragen! Stimmt's? Dabei ist das ganz falsch. Denn erstens:

### Es gibt keine dummen iPad-Fragen!

Und zweitens: Bisher gab es einfach keine vernünftige Anleitung, die Ihnen Ihr iPad ohne Fachchinesisch und ohne unnötigen Technik-Firlefanz erklärt! Oder haben Sie

Anzeige

# ENDLICH! DIE 1. WIRKLICH VERSTÄNDLICHE Bedienungs-Anleitung für Ihr iPad

Unsicher am iPad? Fragen über Fragen? Und keiner hilft Ihnen richtig weiter? Damit ist jetzt Schluss! Detlef Meyer, Entwickler der Einfach iPad-Methode, liefert Ihnen jetzt die erste leicht verständliche Schritt-für-Schritt-Anleitung für Ihr Gerät.

jemals eine echte Gebrauchsanleitung für Ihr iPad erhalten?

„Es ist unfassbar, dass Apple seine Milliarden in immer neue Software und Technik steckt – es aber nicht schafft, eine wirklich EINFACHE Gebrauchsanleitung für Anwender beizulegen. Das Einzige, was sie damit erreichen: dass sich gerade ältere Nutzer unsicher und hilflos an ihren Geräten fühlen! Manchmal glaube ich ja, die Computer-Industrie hasst Senioren!“, sagt Detlev Meyer, Entwickler der Einfach iPad-Methode.

### Doch damit ist jetzt endlich Schluss!

Einfach iPad ist die erste verständliche Anleitung, auf die Sie schon so lange gewartet haben. Denn die speziellen Schritt-für-Schritt-Anleitungen sind in leicht verständlichem, klaren Deutsch. Detlev Meyer konzentriert sich dabei aufs Wesentliche und zeigt Ihnen, worauf es wirklich ankommt.

Erfahren Sie, wie Sie Ihr iPad auf Ihre Bedürfnisse anpassen ... welche Apps gerade für Senioren besonders empfehlenswert sind (und wie Sie sie ganz einfach bedie-

nen) ... was Sie tun können, wenn Apps oder Ihr iPad plötzlich nicht mehr richtig reagieren ... und wie Sie sicher und fehlerfrei alle iOS-Updates überstehen.

### Überraschen Sie ab jetzt Ihre Bekannten, Freunde und Ihre Familie.

Alle werden sich fragen, wieso Sie sich plötzlich so gut am iPad auskennen. „Tja“, dürfen Sie dann denken, „jetzt kann ICH euch mal zeigen, wie etwas funktioniert!“ Sie möchten den Beweis, dass es wirklich so einfach ist? Dann überzeugen Sie sich selbst:

**Sie sind herzlich eingeladen!** Als Souverän-Leser können Sie die erste wirklich verständliche Bedienungsanleitung für Ihr iPad **jetzt gratis testen!** Einfach Coupon unten ausfüllen und gleich absenden.  
**Berechtigungs-Coupon gleich einsenden an:** Einfach iPad, Theodor-Heuss-Str. 2-4, 53177 Bonn, per Fax an: 0228 / 36 96 350 oder Sie rufen uns an unter **0228 / 95 50 170** und nennen den **Berechtigungscode EIP0625**.

### Berechtigungs-Coupon für Ihren GRATIS-Test

Ja, ich will die 1. wirklich verständliche Anleitung für mein iPad 30 Tage gratis testen! Schicken Sie mir meine Test-Ausgabe von „Einfach iPad“ noch heute zu! Wenn mich der Test überzeugt und ich Ihnen innerhalb von 30 Tagen nichts Gegenteiliges mitteile (Anruf, Fax, E-Mail genügen), möchte ich „Einfach iPad“ regelmäßig beziehen. Es erscheinen 12 Ausgaben pro Jahr sowie 6 Spezialausgaben zu Schwerpunktthemen. Pro Ausgabe zahle ich nur 14,95€ (inkl. Porto- und Versandkosten). Eine Kündigung dieser Vereinbarung ist jederzeit möglich.

EIP0625

Vorname und Nachname .....

Straße und Hausnummer.....

PLZ und Ort.....

Datum und Unterschrift ..... X

Gleich einsenden an: Einfach iPad, Theodor-Heuss-Str. 2-4, 53177 Bonn, oder per Fax an: 0228 / 36 96 350 oder online unter [www.einfach-ipad.de/gratis](http://www.einfach-ipad.de/gratis)

# MITTELSTAND – DIE Melkkuh DER NATION?



Die Politik verweist gerne auf den Mittelstand als tragende Säule in Wirtschaft und Gesellschaft. Doch die politischen Anliegen der gesellschaftlichen Mitte scheinen in der politischen Debatte oft unterzugehen. Ein Interview mit Wolfgang Steiger vom Wirtschaftsrat der CDU e.V.



**Wolfgang Steiger**, Jg. 1964, ist Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU e.V., ein bundesweit organisierter unternehmerischer Berufsverband mit derzeit über 12.000 Mitgliedern. Der Verband sieht sich als Plattform zur Mitgestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards.

Der Mittelstand ist in Deutschland beliebtes Thema, wenn es um die Säulen des erreichten Wohlstands geht. Wenn wir unter diesem Sammelbegriff einmal kleine und mittlere Unternehmen und Freiberufler subsumieren wollen, so stellt sich die Frage, ob deren Anliegen in der Politik überhaupt noch diskutiert werden. Wie ist Ihr Eindruck, hat der gewerbliche Mittelstand auch angesichts einer Selbständigenquote von rund 12 Prozent in Deutschland überhaupt eine gewichtige Stimme?

**Wolfgang Steiger:** Mit dem Wirtschaftsrat hat auch der Mittelstand eine starke Stimme. So fordern wir zum Beispiel bei dem Bürokratiemonster Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) weitreichende Entlastungen für die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Verunsicherte Unternehmer treffen auf verkürzte Sprechzeiten in Behörden. Meldungen über Datenpannen werden nicht bearbeitet. Damit wird die Datenschutzpolitik zu einem Fiasko. Die Bundesregierung ist jetzt aufgefordert, für schnelle gesetzliche Klarstellungen und echte Erleichterungen zu sorgen. Wir setzen uns deshalb für eine Mittelstandsklausel ein, die KMUs von den rigiden Vorgaben der DSGVO ausnimmt. Wichtig ist, dass Abmahnvereine

nicht ihr Unwesen treiben und Unternehmer schnell wieder gewiss sein können, auf der rechtlich sicheren Seite zu stehen. Daten sind der wichtigste Treibstoff für Innovationen der Zukunft. Dagegen setzt die Datenschutzgrundverordnung auf Sparsamkeit der Daten und verhindert zum Beispiel, dass Trainingsdaten für Künstliche-Intelligenz-Technologien verarbeitet werden können. Das wird Europa im internationalen Wettbewerb noch weiter zurückwerfen. In diesem Zusammenhang fordert der Wirtschaftsrat deshalb auch ein Moratorium für die auf EU-Ebene diskutierte E-Privacy-Verordnung, solange Folgen und Wirkungen der DSGVO in den Mitgliedstaaten nicht zweifelsfrei absehbar sind.

**Reden wir mal von der Mittelschicht insgesamt: Egal, mit welchem Gewerbetreibenden, Freiberufler oder Angestellten in mittlerer oder höherer Position man spricht: Jeder fühlt sich wie die sprichwörtliche Zitrone und leidet unter der hohen Steuerlast. Tatsache ist: Nicht nur Unselbstständige, die es wegen der kalten Progression erwischt hat, sondern auch KMUs scheinen in der Steuerfalle gefangen. Andererseits, so argumentieren manche Ökonomen**

**und Politiker, sei die Steuerquote in Deutschland seit vielen Jahren stabil und nur europäisches Mittelmaß. Was gilt? Ist tatsächlich die Steuerbelastung in Deutschland zu hoch, oder muss man die gesamte Steuer- und Abgabenbelastung zur Beantwortung dieser Frage heranziehen? Auch in diesem Jahr darf sich der Staat wieder über neue Höchststände bei den Steuereinnahmen freuen. Andererseits hört man ständig, dass es beispielsweise für die marode Infrastruktur, in der Bildung oder bei der Bundeswehr an Geld mangelt. Werden die Milliarden an der falschen Stelle ausgegeben?**

Die Steuerquote in Deutschland liegt im europäischen Mittelmaß, aber die Abgabenquote (Steuern und Sozialbeiträge) in Relation zum BIP ist zwischen 2010 und 2017 von 37,9 % auf 40,3 % im Jahr 2017 gestiegen. Wie kürzlich veröffentlichte OECD-Vergleiche der Industrienationen zeigen, ist Deutschland bereits jetzt Abgaben- und Steuerweltmeister. Kein anderes Industrieland belastet seine Fachkräfte, Handwerker und Unternehmer stärker als die Bundesrepublik. Es wäre daher an der Zeit, wieder mehr an die zu denken, die den Steuerboom erwirtschaften. Zwar

wurde kürzlich der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung angesichts der guten Konjunktur um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Doch was die Bundesregierung Wirtschaft und Bürgern als großen Schritt in Richtung Entlastung verkaufen wollte, entpuppte sich schnell als Mogelpackung: Leider fressen gleichzeitige Erhöhungen bei der Pflegeversicherung den Vorteil wieder auf. Der Staat steckt Arbeitnehmern und Unternehmen etwas Geld in die rechte Tasche und greift ihnen gleichzeitig tiefer in die linke Tasche. Davon hat niemand mehr im Geldbeutel.

Die Zahlen zeigen deutlich: Vor dem Hintergrund immer weiter steigender Steuereinnahmen und hoher Reserven in den Sozialkassen wären spürbare Entlastungen für Bürger und Unternehmen ohne Gegenfinanzierung problemlos möglich. Da der Solidaritätszuschlag für die oftmals mit ihrem Gesamtvermögen haftenden Personengesellschaften auch einen Teil der Unternehmensbesteuerung darstellt, wäre seine vollständige Abschaffung für alle nach dem Auslaufen des Solidarpakts II Ende 2019 ein wichtiger Schritt hin zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Firmen auf dem Weltmarkt. Steuerpolitik ist immer auch Standortpolitik und hohe Unternehmenssteuern

sind ein Hemmschuh für Investitionen, sie verhindern Modernisierung und erst recht die Neuansiedlung von Unternehmen.

**Der Sozialausgabenanteil am Bundeshaushalt beträgt derzeit 51 Prozent, ein Großteil des Geldes fließt also nicht in Zukunftsinvestitionen, sondern in eine wie auch immer geartete Umverteilungsmaschinerie. Dennoch wiederholen sich jährlich die Schlagzeilen von zunehmender Armut in Deutschland. Werden die Sozialausgaben also uneffektiv eingesetzt?**

Je voller die Kassen, desto größer die Begehrlichkeiten: Schon wieder hat die Politik teure Rentengeschenke auf Kosten der Beitragszahler durch den Bundestag gebracht. Die gesetzliche Rentenversicherung verfügt derzeit über eine Reserve von 33,5 Milliarden. Sie wurde von Arbeitnehmern und Arbeitgebern erwirtschaftet. Statt für Entlastungen wird das Geld nun für eine Rentenreform verwendet, die den Jungen gewaltige Lasten aufbürdet. Angesichts der historisch guten Haushaltslage, hoher Reserven in den Sozialkassen und knapp einer Billion Sozialausgaben werden die Bürger und Unter-

nehmen unverhältnismäßig ausgenommen. Statt weiterer Wahlgeschenke fordert der Wirtschaftsrat deshalb eine spürbare Entlastung für Beitragszahler. Unsere sozialen Sicherungssysteme sind keine Sparkassen. Allein in der Arbeitslosenversicherung wird das Finanzpolster zum Jahresende voraussichtlich 22,5 Milliarden Euro betragen, der laufende jährliche Überschuss beträgt 5,5 Milliarden Euro – allein das entspricht einem Gegenwert von 0,5 Prozentpunkten an Arbeitslosenbeitrag. Auch andere Zweige der Sozialversicherungen haben gigantische Reserven aufgebaut. Zum Jahresanfang lagen diese bei 7 Milliarden Euro in der gesetzlichen Pflegeversicherung und 28 Milliarden Euro in der gesetzlichen Krankenversicherung, Tendenz steigend. Insgesamt horten die Sozialversicherungen also rund 90 Milliarden Euro Beitragsgelder, die den Beschäftigten und Arbeitgebern gehören. Nur mit einer Entlastung lässt sich das Versprechen einhalten, die Lohnzusatzkosten auch künftig klar unter 40 Prozent zu halten. Im Übrigen zahlen sich die Milliardengeschenke der Bundesregierung in Wählerstimmen nicht aus, die Volksparteien wurden bei den jüngsten Wahlen dramatisch abgestraft.



## SCHNUPPERWOCHE

Erleben Sie entspannte Wohlfühlmomente in Bad Füssing und entdecken Sie das kraftvolle Heilwasser der Johannesbad Therme. In den fünf Johannesbad Hotels erwarten Sie bayerische Herzlichkeit, stilvolles Ambiente und Genuss pur.

**BUCHUNGSCODE JB-86 18**

- 7 x Übernachtung
- 7 x Frühstück
- 7 x Abendessen
- 7 x Eintritt in die Johannesbad Therme
- 7 x Eintritt in die Johannesbad Saunalandschaft
- 3 x Massage (je 20 Min.)
- Johannesbad Hotels Wohlfühlleistungen

Johannesbad Thermalhotel Ludwig Thoma	ab 629,- €
Johannesbad Hotel Königshof	ab 579,- €
Johannesbad Hotel Phönix	ab 519,- €
Johannesbad Vitalhotel Jagdhof	ab 499,- €
Johannesbad Hotel Füssinger Hof	ab 489,- €

Preise pro Person im Standard DZ zzgl. Kurtaxe und ggf. Parkplatzgebühr und Tischgetränkpeauschale

**Info & Buchung**

+49 8531 – 23 2909 oder [info@johannesbad-hotels.com](mailto:info@johannesbad-hotels.com)

**[www.johannesbad-hotels.com](http://www.johannesbad-hotels.com)**

Johannesbad Hotels Bad Füssing GmbH | Johannesstr. 2 | 94072 Bad Füssing

Trotz hoher Belastung der Bürger denkt die Politik – vor allem im linken Spektrum – immer wieder über neue oder erhöhte Steuern nach (z.B. Wegfall Ehegattensplitting, Abgeltungssteuer, höhere Erbschafts- und Spitzensteuer), nicht einmal der Soli steht konkret zur Abschaffung an. Ist Ludwig Erhards jahrzehntelang erfolgreicher Leitgedanke, den Menschen möglichst viel Geld in der (privaten) Tasche zu belassen, inzwischen obsolet?

Der Wirtschaftsrat ist den Leitgedanken Ludwig Erhards verpflichtet. Deshalb fordern wir eine spürbare Entlastung für Bürger und Unternehmen. Während andere Industrieländer wie die USA, Großbritannien oder die Niederlande derzeit die Steuern für Firmen massiv auf Sätze von höchstens 25 Prozent senken, bleibt in Deutschland alles, wie es ist. Damit schaffen die Nachbarstaaten Anreize zur Ansiedlung von Unternehmen in ihren Ländern. Im Gegensatz dazu ist Deutschland mit einer absoluten Belastung für die Wirtschaft in Höhe von teilweise mehr als 30 Prozent von wettbewerbsfähigen Steuersätzen weit entfernt. Insbesondere Familienunternehmen, die als Personengesellschaft organisiert sind, leiden unter einem Maximalsteuersatz in Höhe von über 47 Prozent. Deshalb ist die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages für alle so wichtig. Gerade jetzt braucht der Mittelstand günstige Rahmenbedingungen, um die großen Herausforderungen der Digitalisierung, Industrie 4.0 und künstliche



Wie kürzlich veröffentlichte OECD-Vergleiche zeigen, ist Deutschland bereits jetzt Abgaben- und Steuerweltmeister.

Intelligenz zu meistern. Handlungsbedarf besteht nicht zuletzt auch bei Struktur und Systematik des deutschen Steuerrechts. Denn digitale, immer stärker integrierte und grenzüberschreitende Geschäftsmodelle lassen sich mit den heutigen Regelungen nur ungenau erfassen. Hier braucht es durch deutliche Reduktion der Mitwirkungs- und Dokumentationspflichten eine ganz erhebliche Entbürokratisierung.

**Beim Thema Zuwanderung bewegt die Frage nach der „richtigen“ Steuerung das Land. Nach langen Jahren der Diskussion will die Bundesregierung nun ein Fachkräftezuwanderungsgesetz verabschieden lassen, mit dem gezielt Fachkräfte außerhalb der EU angeworben werden sollen. Überfällig oder Revolution?**

Deutschland muss sich dringend stärker um hochqualifizierte Einwanderer bemühen, denn unsere Unternehmen und Betriebe und damit unser Land brauchen solche Leute. Wenn wir nicht entschlossen gegensteuern, wird der Fachkräftemangel zur Wachstumsbremse Nummer eins. Unsere weltweite Konkurrenz schläft nicht, andere Länder sind deutlich attraktiver für Hochqualifizierte – das betrifft übrigens nicht nur Hochschulabsolventen, sondern auch Handwerker oder Pflegekräfte. Umso dringender benötigen wir eine Entlastung der Leistungsträger in unserem Land von der überbordenden Steuern- und Abgabenlast sowie das Fachkräftezuwanderungsgesetz für mehr Hochqualifizierte statt Immigration in die Sozialsysteme.

**Wie sehr sollte die Zuwanderung aus Ihrer Sicht gesteuert werden? Sollte der Gesetzgeber Branchen, Berufsbilder, Gehaltsuntergrenzen etc. festlegen?**

Kriterien für die Einwanderung sollten, wie es auch im Eckpunktepapier von Innenminister Seehofer aufgeführt ist, die Qualifikation, das Alter, Sprachkenntnisse und der Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzangebots sein.

**Wäre aus Ihrer Sicht eine zeitliche Begrenzung sinnvoll? Brauchen wir dauerhaft Einwanderung, oder handelt es sich um akuten Bedarf?**

Der Wirtschaftsrat wirbt für gesteuerte Zuwanderung – auf der Basis eines noch zu schaffenden Einwanderungsgesetzes und immer anhand eines tatsächlich festgestellten Fachkräftemangels in bestimmten Berufsfeldern. Hier sollte die Bundesregierung einen entsprechend flexiblen Rahmen schaffen.

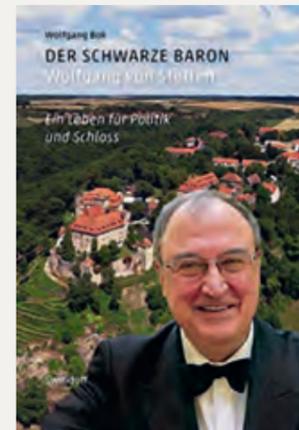
**Wie stehen Sie zu der Diskussion über den „Spurwechsel“? Sollten gut integrierte Asylberechtigte in die Erwerbsmigration wechseln können?**

Vom „Spurwechsel“ profitieren Einwanderer, die unter Berufung auf den Asylparagraphen ins Land gekommen sind und deren Antrag abgelehnt wurde. Ein einfacher Spurwechsel wäre daher in Zeiten weltweiter Migrationsbewegungen ein falsches Signal. Richtig ist zwar, dass in deutschen Unternehmen zahlreiche Fachkräfte fehlen. Eine Vermengung von Asyl und qualifizierter Einwanderung wird dieses Problem aber nicht lösen. Auch Teile der Wirtschaft sollten sich von der Illusion verabschieden, so den Mangel an hochqualifiziertem Personal beheben zu können. Aktuell bemühen sich alle unsere europäischen Partner, den ungesteuerten Grenzübertritt zu bremsen. Deutschland sollte diesen Ländern nicht in den Rücken fallen, indem wir die Anreize für irreguläre Migration ausweiten. Sonst werden auch bei der Europawahl 2019 überall nur die Populisten an den Rändern profitieren.

## BUCHTIPP

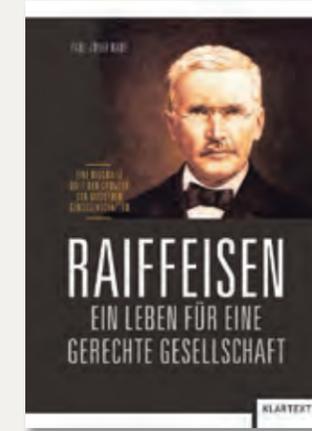
### DER SCHWARZE BARON: MEHR ALS EIN STÜCK HOHENLOHER HEIMATGESCHICHTE

Mal kantiger Streiter, mal fürsorgender Patron, konservativer Überzeugungstäter und humanitärer Aktivist, vor allem im Baltikum für die Holocaust-Überlebenden und „Wolfskinder“: Das alles und noch vieles mehr stecken in der Person Wolfgang Hermann Freiherr von Stetten. Der renommierte Journalist und Publizist Wolfgang Bok zeichnet den Lebensweg eines von produktiver Unruhe getriebenen Mannes nach, dem niemals etwas in den Schoß gefallen ist. Aus unzähligen Dokumenten und vielen Gesprächen mit Familie und Wegbegleitern, Freunden und politischen Gegnern malt er das Bild eines facettenreichen Politikers, Familienvaters und Schloßherrn. Es ist der beschwerliche, aber letztlich von Erfolg gesäumte Weg vom schmächtigen „Burscheli“, wie ihn seine als



frühe Kriegswitwe alleinerziehende Mutter Hedwig liebevoll nannte, zum mächtigen „schwarzen Baron“. Neben der politischen Karriere wird in dem 267 Seiten umfassenden Werk dem Unternehmer von Stetten breiter Raum gewidmet, so etwa, wie es ihm gelungen ist, trotz zahlreicher Widerstände Seniorenresidenzen zu schaffen, in denen sich die älteren Menschen auch deshalb sehr wohl fühlen, weil sie dort Heimat und Freiheit genießen können. Das mit vielen privaten Aufnahmen reichbebilderte Buch veranschaulicht nicht nur Hohenloher Heimatgeschichte, sondern ist eine ebenso lebendig wie einfühlsam geschriebene Dokumentation jener Aufbaugeneration, die noch tatsächlich Spannendes zu erzählen hat.

Wolfgang Bok: Der schwarze Baron. Wolfgang von Stetten – Ein Leben für Politik und Schloss, Swiridoff-Verlag, 267 Seiten, ISBN 978-3-89929-365-4, 22 Euro



### RAIFFEISEN: EIN LEBEN FÜR EINE GERECHTE GESELLSCHAFT

Friedrich Wilhelm Raiffeisen – nur wenige kennen die Geschichte des Mannes hinter dem berühmten Namen. Diese Biografie erzählt von dem einfachen Jungen aus dem Westerwald, im selben Jahr geboren wie Karl Marx, der ohne höhere Bildung Karriere machte und ein weltbewegendes Werk schuf, trotz heftiger Widerstände im autoritären Preußen. Was in einer schweren Hungersnot mit dem Backhaus und dem „Weyerbuscher Brodverein“ begann, mündete schließlich in der Gründung des „Heddesdorfer Darlehnskassen-Vereins“, dem Urbild der modernen Genossenschaften. Heute sind 22 Millionen Menschen in Deutschland Mitglied einer Genossenschaft, weltweit sind es eine Milliarde. Raiffeisen, ein großer Kritiker des ungezügelt Kapitalismus, gilt heute als Vordenker einer solidarischen Gesellschaft. Mit viel Gespür für menschliche Stärken und Schwächen schildert Paul-Josef Raue die Beweggründe und das Wirken Raiffeisens.

Paul-Josef Raue: Raiffeisen: Ein Leben für eine gerechte Gesellschaft; Klartext-Verlag, Essen, 2018, 160 S., ISBN 978-3-8375-2026-2, 19,95 Euro

### HIRNTOD – ORGANSPENDE – UND DIE KIRCHE SCHWEIGT DAZU

Für kaum ein anderes bioethisches Thema wird von verschiedenen Stellen so massiv Werbung betrieben wie für die Organspende. Mit oft fragwürdigen Methoden wird für die Bereitschaft zur Zustimmung einer Organentnahme nach dem sogenannten „Hirntod“ geworben. – Im Gespräch mit dem renommierten Juristen Prof. Dr. Regina Breul umfassend über die andere Seite der Transplantationsmedizin informieren, insbesondere über das umstrittene Hirntodkriterium zur Todesfeststellung.

Regina Breul im Gespräch mit Wolfgang Waldstein: Hirntod – Organspende – und die Kirche schweigt dazu, Verlag media maria, Illertissen, 160 Seiten, ISBN 978-3-9815943-5-5, 14,95 Euro



**Elbe**

**Schöner, ruhiger, günstiger wohnen**

Seniorenwohnungen „Bellevue“  
Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)  
Von Privat zu vermieten  
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.  
V: 82,6 kWh, E., Bj 1991  
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.

Betreuung möglich, gegenüber im  
Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“  
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550  
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohlmann-Straße

**Schulte Haus-Rollator**

- ✓ sehr schmal - passt durch jede Tür
- ✓ nützlich - Tisch decken leicht gemacht
- ✓ persönlich - verschiedene Farbtöne

Jetzt Prospekt anfordern!

☎ **0800 200 6004**  
gebührenfrei anrufen

🌐 [www.haus-rollator.de](http://www.haus-rollator.de)

Made in Germany

**Schulte Holzprodukte GmbH | Langenberger Straße 96 | 33397 Rietberg | NRW**

**Reisetermin:**

**13.06 bis  
17.06.2019**

**Reiseleistungen:**

- Flüge vom gewünschten Abflughafen\* nach Prag und zurück mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class
- Fluggebühren und Kerosinzuschläge
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 4 Übernachtungen im Hotel Panorama\*\*\*\* (4 Sterne, Landeskategorie) im Doppelzimmer
- Halbpension (4x Frühstück und 3x Abendessen als Buffet)
- 1 x Abendessen im Restaurant „U Fleku“
- Ausflüge und Besichtigungen laut Programm
- Eintrittsgeld zum Burgberg
- Deutschsprachige Reisebetreuung vor Ort
- Umfangreiche Informationen zur Reise
- Flüge ab/bis Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Stuttgart und München (tlw. mit Umstieg), weitere Abflughäfen auf Anfrage

**Reisepreise:**

EUR **658,-**  
pro Person im Doppelzimmer\*  
Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 168,-  
(\*bei Zweierbelegung)  
Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt p.P.: EUR 30,-  
→ **Flugzuschläge:**  
**Grundpreis** ab/bis: Düsseldorf  
**Flugzuschläge** pro Person für Flüge ab/bis:  
Frankfurt, Hamburg,  
München: EUR 20,-  
Berlin-Tegel, Hannover,  
Stuttgart: EUR 50,-

**PRAG**

Städtetrip in die  
„Goldene Stadt“



Prag, die historische Hauptstadt der Tschechischen Republik stellt einen einzigartigen, über lange Jahrhunderte gewachsenen Architekturkomplex dar. Ob die Altstadt mit ihren vielen historischen Bauwerken, den schmalen Gassen oder die Kleinseite mit der Burg und dem Veitsdom: Prag gleicht einem einzigen Freilichtmuseum, in dem man durch viele Jahrhunderte wandern kann.

Die sachkundige, deutschsprachige Reiseleitung bringt Ihnen die Geschichte, Kultur und das Alltagsleben der Prager auf anschauliche Weise näher. Und natürlich bleibt auch Zeit, die kulinarischen Verlockungen Böhmens zu genießen.



**Hotel Panorama\*\*\*\***

**Lage:** Das 4-Sterne Hotel liegt im 4. Bezirk nur ca. 200 Meter von einer U-Bahn-Station entfernt. Nach vier Stationen erreichen Sie das Zentrum. Ganz in der Nähe befindet sich das beliebte Einkaufszentrum Arcady mit fast 150 Geschäften, Cafés und Restaurants.

**Ausstattung:** Das Hotel verfügt über eine großzügige Eingangshalle mit Rezeption, Restaurant, Lobby-Bar, Konferenzräume, Wellness-Bereich mit einem Innenpool auf dem Dach mit tollem Blick über die ganze Stadt und freies WLAN im gesamten Hotel.

**Zimmer:** Das Hotel verfügt über insgesamt 440 Zimmer. Alle Zimmer sind mit einem Bad (Badewanne) inklusive Haartrockner, Telefon, TV mit Filmkanälen, Safe, Minibar und Kaffee-/Teeset ausgestattet.

**Essen:** Frühstück und Abendessen in Buffetform.



**INFORMATIONEN ANFORDERN**

**Reiseziel: PRAG**

Coupon ausfüllen und direkt an Terramundi GmbH, Im Wauert 14, 46286 Dorsten senden.

Schneller geht's per Fax:  
023 69 / 9 19 62-33

Besuchen Sie unsere Website: [www.terramundi.de](http://www.terramundi.de)

Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur PRAG-Reise

per Briefpost  per E-Mail

Name, Vorname

---

Straße, Hausnummer

---

PLZ, Ort

Telefon mit Vorwahl bzw. Mobil-Nr.

---

E-Mail

**JA, ich bin damit einverstanden**, dass meine Angaben aus diesem Formular zur Beantwortung meiner Anfrage erhoben und verarbeitet werden.  
Hinweis: Sie können Ihre Einwilligung jederzeit widerrufen.